

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis-vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gepalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. H. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 3. Fernsprechanhänge 2 28 41 und 2 28 42.

Achtung!

Adressenänderung des Hauptvorstandes!

Alle für den Hauptvorstand bestimmten Sendungen müssen jetzt die Aufschrift tragen:

An Herrn August Brey

Hannover M
Rathenauplatz 3.

Hamburgs Jubilare.

Zu der großen Zahl der Kollegen, die in diesem Jahre ihr Dienstjubiläum feiern, gehören auch zwei Kollegen der Zahlstelle Hamburg. 25 Jahre haben auch sie in Reih und Glied gestanden, dem Verbands Arbeit und Treue gewidmet. 35 Jahre und mehr gehören sie dem Verbands als Mitglied an; d. h. ein Menschenalter lang haben sie bahnbereitend mitgewirkt an der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse.



Gustav Ahrens

erblickte im Jahre 1871 in Hamburg das Licht der Welt. Seine Kindheit und Jugend waren frühe. Schon im zwölften Lebensjahre wurde er zur Mitarbeit herangezogen. Als er im Jahre 1886 die Volksschule verließ, nahm er für den kargen Lohn von 6 Mk. die Arbeit bei der Brauereifirma Deessen u. Schröder auf, in deren Dienst er 20 Jahre verblieb. Im Jahre 1892 erreichte er glücklich einen Wochenverdienst von 16,70 Mk., wovon er noch ständig zur Unterhaltung seiner Mutter und Schwester beitrug.

Seine Mutter war Anhängerin der Freidenkerbewegung, und so wurde Gustav frühzeitig mit der Arbeiterbewegung vertraut. 1891 haben wir ihn bereits als Mitglied der Branerhilfsarbeiter-Organisation. Tapfer ist er für seine Kollegen im Betriebe eingetreten, und er erreichte für sie Lohnerhöhungen, wenn auch nur in bescheidener Form. 1894 trat er zu unserem Verbands über und hat sich in der damaligen Zahlstelle Hamburg als Hilfs- und Hauptkassierer bis zum Zusammenschluß aller Hamburger Zahlstellen befähigt. Im Jahre 1905 wählte ihn die Mitgliederversammlung neben Kollegen Winkens als besoldeten Einkassierer. Diese Funktion hat er gewissenhaft bis zum heutigen Tage ausgeübt.

Gustav Ahrens hat sich nicht allein in der Gewerkschaftsbewegung, sondern auch in der politischen, genossenschaftlichen und Jugendbewegung lebhaft betätigt. Überall hat er tatkräftig seine Meinung verfochten, die meist das Rechte traf.

Kollege Matthias Winkens ist am 6. Oktober 1867 in Rheindalen im Rheinlande geboren. In den neunziger Jahren kam er als ungelernter Arbeiter nach Hamburg, wo er zunächst Beschäftigung auf der Werft von Blohm u. Voß fand.

Im April 1896 trat er unserem Verbands bei und betätigte sich rege an dem Ausbau des Verbandes in der ehemaligen Zahlstelle Einsbüttel, in der er als Senallmächtester bis zur Schaffung der einheitlichen Zahlstelle

Hamburg wirkte. Rednerisch ist Kollege Winkens nicht hervorgetreten, um so mehr hat er im engeren Kreise für den Verband, die Partei und die Genossenschaft gewirkt.



Matthias Winkens

wurde am 1. Juni 1905 von der Mitgliederversammlung der vereinigten Zahlstelle Hamburg als besoldeter Einkassierer gewählt. Diese Funktion hat er treu und ehrlich bis zum Jahre 1917 ausgeübt. Als im Juli 1917 Karl Vogt aus dem Leben schied, betraute die Vertreterversammlung Kollegen Winkens zunächst provisorisch mit den Kassengeschäften der Zahlstelle und bestellte ihn endgültig im Frühjahr 1919 zum Hauptkassierer der Zahlstelle.

Wer wie er 25 Jahre im Dienste der Organisation als Einkassierer und Finanzminister sich betätigt hat, weiß, mit welchen unangenehmen Begleiterscheinungen die Arbeit verbunden ist. Frühe Stunden sind auch ihm durchaus nicht erspart geblieben.

Als er im Jahre 1917 die Kassengeschäfte übernahm, standen die Finanzen der Zahlstelle nicht sehr glänzend. Trotz alledem ist es gelungen, die Zahlstelle über die Kriegs- und Inflationszeit ohne Häufung von Schulden hinwegzubringen. Heute ist die Zahlstelle finanziell wieder gesund; das ist mit dem Verdienst des Kollegen Winkens.

Wir gratulieren den beiden Kollegen zu ihrem Ehrentage herzlich und wünschen, daß es ihnen noch lange vergönnt sein möge, ihr Amt in voller Rüstigkeit im Interesse des Verbandes auszuüben.

Unsere Tarifverträge im Jahre 1929.

Die Darstellung über unser Tarifvertragswesen im Jahre 1929 muß von der bisher üblichen Form etwas abweichen. Auf Anregung und Beschluß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wird nun über alle Lohn- und Tarifbewegungen wie über die Tarifverträge von allen freien Gewerkschaften eine einheitliche Statistik geführt. Dadurch wird erreicht, daß einmal Vergleiche unter den einzelnen Verbänden möglich sind, andererseits verfügt der ADGB, so über eine vollständig einheitliche Statistik über die Lohn- und Tarifbewegungen aller freien Gewerkschaften. Die hierdurch bedingte Um- und Ausgestaltung unserer Statistik über die Lohn- und Tarifbewegungen bringt es aber mit sich, daß Vergleiche der für das Jahr 1929 gewonnenen Zahlen mit den Ergebnissen früherer Jahre nicht möglich sind. Das wird erst wieder im nächsten Jahre der Fall sein, wenn die neue Statistik ein volles Jahr durchgeführt wurde.

Am Schlusse des Jahres 1929 bestanden 1005 Lohntarife (Reichs-, Bezirks-, Orts-, Betriebslohnlarife) für 10 857 Betriebe mit 811 007 Beschäftigten. Von den Beschäftigten waren 197 766 weiblichen Geschlechts. Organisiert waren von den 811 007 durch die Lohnlarife erfaßten Beschäftigten 535 765, davon wieder 441 930 im Fabrikarbeiterverbande. Ferner bestanden 74 Volltarife für 307 Betriebe mit 30 359 Beschäftigten, von denen 6524 weiblichen Geschlechts, 19 723 organisiert und 14 842 Mitglieder unseres Verbandes waren. Es kommt also auch hier wieder zum Ausdruck, daß der Wirkungskreis des Verbandes weit über die Zahl der Mitglieder hinausgeht, daß aber andererseits noch immer eine erhebliche Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen kampflös und mühelos zu den Erfolgen kommen, die andere für sie erstreiten. Der Prozentsatz der Organisierten beträgt bei den Lohnlarifen etwa 66 Prozent, bei den Volltarifen nur 64 Prozent. Immerhin ist bei dem Anteil der Organisierten eine Besserung des Anteils an den von den Larifen erfaßten Beschäftigten zu bemerken. Über die Gesamtzahl der Larife aller Art, der Betriebe und der Beschäftigten, für die die Larife in Frage kamen, die am 31. Dezember 1929 bestanden, gibt die folgende Zusammenstellung Auskunft:

Larife	Be- triebe	Anzahl der				
		Beschäftigten ins- gesamt	danon ins- weibl.	Organisierten im gesamt im ZAB.		
Reichs-Mantellarife . . .	15	4 195	541 630	129 595	348 160	281 454
Bezirks-Mantellarife . . .	104	6 179	439 447	83 135	288 758	236 447
Orts-, Betr.-Mantellarife . . .	584	2 401	15 000	53 951	99 010	82 162
Insgesamt	703	12 775	1135 885	266 681	735 928	600 063
Reichs-Lohnlarife	6	545	98 725	35 526	71 461	64 589
Bezirks-Lohnlarife	183	7 303	515 386	102 427	339 255	275 297
Orts-, Betriebs-Lohnlarife	316	3 009	196 896	59 813	125 049	102 044
Insgesamt	1 005	10 857	811 007	197 766	535 765	441 930
Reichs-Arbeitszeitabtom.	1	352	74 287	30 721	52 861	49 321
Bezirks-Arbeitszeitabtom.	8	717	17 643	320	12 446	10 138
Orts-, Betriebs-Arbeitszeit- abtommen	5	6	3 395	445	1 404	1 000
Insgesamt	14	1 075	95 325	31 486	66 711	60 459
Bezirks-Volltarife	3	197	24 841	4 930	15 231	11 150
Orts-, Betriebs-Volltarife	71	110	6 518	1 594	4 492	3 692
Insgesamt	74	307	30 359	6 524	19 723	14 842

Von dieser Gesamtzahl an Larifen aller Art wurden im Jahre 1929 neu abgeschlossen oder erneuert:

190 Mantellarife für 2858 Betriebe mit 207 962 Beschäftigten, von denen 37 199 weiblichen Geschlechts waren. 147 304 von den Beschäftigten waren organisiert, davon im Fabrikarbeiterverband 125 244.

937 Lohnlarife für 10 338 Betriebe mit 796 293 Beschäftigten, von denen 193 418 weiblichen Geschlechts waren. Von den Beschäftigten waren 526 396 organisiert, davon 433 526 in unserem Verband.

5 Arbeitszeitabkommen für 368 Betriebe mit 78 120 Beschäftigten, von denen 30 989 weiblich waren. 54 284 waren organisiert, 50 537 waren Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes.

61 Volltarife für 280 Betriebe mit 28 527 Beschäftigten, von denen 5959 weiblichen Geschlechts, 18 303 organisiert und 13 840 Mitglieder unseres Verbandes waren.

Die übergroße Mehrzahl der unter die Tarifverträge fallenden Personen war also in unserem Verbands organisiert; allerdings kommen auch noch viele Mitglieder anderer Organisationen in den Genuß der Vorteile aus unseren Tarifverträgen. Die Zahlen zeigen jedenfalls recht deutlich den großen Wirkungskreis unserer Organisation in tarifpolitischer Beziehung. Daß immer noch viele unorganisierte zu den Nutznießern unserer Erfolge zählen, ist zwar nicht immer gerechtfertigt, aber darin drückt sich eben immer wieder der Kollektivgedanke aus, der den Gewerkschaften ja Grundgesetz ihres Handelns ist. Trotzdem müssen wir versuchen, auch die leider noch viel zu zahlreichen „Rassauer“ zu unseren Idealen zu bekehren, weil ja schließlich nicht auf die Dauer unseren Kollegen zugemutet werden kann, für Leute Erfolge und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu erringen, die sich mit konsequenter Bosheit von ihren gewerkschaftlichen Pflichten drücken. Der unorganisierte Arbeiter, dem die Tariflöhne und die sonstigen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen sozusagen in den Schoß fallen, schädigt doch schließlich den organisierten an seinem Geldbeutel, und das sollten sich unsere Kollegen nicht immer weiter gefallen lassen. Immer gehen den Tarifabschlüssen ja schwierige Verhandlungen und oft sogar hartnäckige Kämpfe voraus, denn von den 1192 Verträgen, die im Jahre 1929 abgeschlossen wurden und die für 13 844 Betriebe mit 1 110 902 Beschäftigten Gültigkeit hatten (267 565 weibliche, 746 284 Organisierte, 623 147 Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes), mußten immerhin 30 Tarifabschlüsse durch Arbeitsseinstellung erzwungen werden. Diese 30 Verträge bezogen sich auf 591 Betriebe mit 26 953 Beschäftigten, von denen 4786 weiblichen Geschlechts und 16 002 organisiert, davon 12 487 im Fabrikarbeiterverband waren.

Interessant ist auch die folgende Tabelle, die es sehr anschaulich zeigt, auf welche Weise die Tarifabschlüsse erzielt und wodurch die Tarifbewegungen beendet wurden:

Industrie	Die Tarifbewegungen wurden beendet durch				Anzahl der			
	direkte Verhandlungen		tarifliche Vereinbarungen		Beschäft.		Beschäft.	
	Stille	Beschäft.	Stille	Beschäft.	Stille	Beschäft.	Stille	Beschäft.
Chemie	79	115 708	29	200 259	1	285	41	16 350
Papier	99	65 754	7	23 992	1	8 473	18	57 460
Nahrungsmittel	104	35 594	6	15 376	—	—	44	17 752
Ziegel	91	29 946	13	15 304	3	9 931	70	72 881
Zement	16	4 094	1	2 512	1	2 172	11	6 890
Abrige Grobkeramik	236	53 764	16	17 456	1	1 907	37	30 522
Glas	68	18 097	2	1 795	6	6 713	39	99 046
Feinkeramik	8	1 413	—	—	2	138 574	3	221
Spielwaren	3	1 221	—	—	—	—	5	4 724
Blumen, Federn	10	793	—	—	—	—	9	4 732
Sonstige	63	10 792	1	408	—	—	29	9 725
Insgesamt	757	337 176	75	227 082	15	176 335	340	320 306
In Prozent	63,5	30,4	6,3	24,9	1,2	15,9	28,0	28,8

Aber die Zahl der verschiedenen Tarifverträge in den einzelnen Industrien unseres Verbandes gibt die folgende Tabelle Aufschluß.

- 1. Chemische Industrie. 75 Manteltarife für 3427 Betriebe mit 500 472 Beschäftigten, davon 233 373 im F.V. organisiert; 125 Lohnarife für 2017 Betriebe mit 275 230 Beschäftigten, davon 122 897 im F.V. organisiert; 2 Arbeitszeitabkommen für 8 Betriebe mit 932 Beschäftigten, davon 616 im F.V. organisiert; 11 Volltarife für 136 Betriebe mit 2881 Beschäftigten, davon 6679 im F.V. organisiert. 2. Papierindustrie. 67 Manteltarife für 1632 Betriebe mit 193 623 Beschäftigten, davon 104 223 Mitglieder des F.V.; 92 Lohnarife für 871 Betriebe mit 101 988 Beschäftigten, davon 62 103 Mitglieder des F.V.; 7 Volltarife für 79 Betriebe mit 12 738 Beschäftigten, davon 5198 Mitglieder des F.V. 3. Nahrungsmittelindustrie. 89 Manteltarife für 818 Betriebe mit 73 778 Beschäftigten, davon 36 524 Mitglieder des F.V.; 133 Lohnarife für 708 Betriebe mit 63 064 Beschäftigten, davon 29 866 Mitglieder des F.V.; 11 Volltarife für 13 Betriebe mit 782 Beschäftigten, davon 547 Mitglieder des F.V. 4. Ziegelindustrie. 101 Manteltarife für 3185 Betriebe mit 100 238 Beschäftigten, davon 61 539 Mitglieder des F.V.; 137 Lohnarife für 3104 Betriebe mit 95 727 Beschäftigten, davon 58 077 Mitglieder des F.V.; 2 Arbeitszeitabkommen für 636 Betriebe mit 11 683 Beschäftigten, davon 6496 Mitglieder des F.V.; 7 Volltarife für 13 Betriebe mit 411 Beschäftigten, davon 287 Mitglieder des F.V. 5. Jemenindustrie. 19 Manteltarife für 66 Betriebe mit 10 838 Beschäftigten, davon 433 Mitglieder des F.V.; 20 Lohnarife für 58 Betriebe mit 9161 Beschäftigten, davon 4133 Mitglieder des F.V. 6. Abrige grobkeramische Industrien. 181 Manteltarife für 1560 Betriebe mit 77 619 Beschäftigten, davon 42 789 Mitglieder des F.V.; 261 Lohnarife für 1606 Betriebe mit 77 160 Beschäftigten, davon 43 853 Mitglieder des F.V.; 8 Arbeitszeitabkommen für 78 Betriebe mit 7443 Beschäftigten, davon 3692 Mitglieder des F.V.; 23 Volltarife für 32 Betriebe mit 1071 Beschäftigten, davon 775 Mitglieder des F.V. 7. Glasindustrie. 71 Manteltarife für 966 Betriebe mit 80 795 Beschäftigten, davon 53 896 Mitglieder des F.V.; 112 Lohnarife für 1017 Betriebe mit 83 469 Beschäftigten, davon 55 996 Mitglieder des F.V.; 4 Volltarife für 14 Betriebe mit 599 Beschäftigten, davon 420 Mitglieder des F.V. 8. Feinkeramische Industrie. 10 Manteltarife für 377 Betriebe mit 75 662 Beschäftigten, davon 50 205 Mitglieder des F.V.; 10 Lohnarife für 376 Betriebe mit 75 474 Beschäftigten, davon 50 142 Mitglieder des F.V.; 2 Arbeitszeitabkommen für 353 Betriebe mit 75 067 Beschäftigten, davon 49 635 Mitglieder des F.V.; 1 Volltarif für 1 Betrieb mit 780 Beschäftigten, davon 334 Mitglieder des F.V. 9. Spielwarenindustrie. 5 Manteltarife für 320 Betriebe mit 3732 Beschäftigten, davon 1926 Mitglieder des F.V.; 10 Lohnarife für 647 Betriebe mit 4793 Beschäftigten, davon 2386 Mitglieder des F.V.; 1 Volltarif für 2 Betriebe mit 108 Beschäftigten, davon 78 Mitglieder des F.V. 10. Blumen-, Blätter-, Federnindustrie. 14 Manteltarife für 153 Betriebe mit 4255 Beschäftigten, davon 2680 Mitglieder des F.V.; 15 Lohnarife für 153 Betriebe mit 4636 Beschäftigten, davon 3003 Mitglieder des F.V.; 4 Volltarife für 7 Betriebe mit 497 Beschäftigten, davon 319 Mitglieder des F.V. 11. Sonstige Industrien. 71 Manteltarife für 271 Betriebe mit 14 913 Beschäftigten, davon 8475 Mitglieder des F.V.; 90 Lohnarife für 300 Betriebe mit 20 305 Beschäftigten, davon 9499 Mitglieder des F.V.; 5 Volltarife für 10 Betriebe mit 355 Beschäftigten, davon 205 Mitglieder des F.V.

Wer aufmerksam diese Zahlen liest, wird die ungeheure Summe von Arbeit, Fleiß und Energie zu würdigen wissen, die angewendet werden mußte, um diese Verträge abzuschließen oder zu erneuern, der wird auch die Erkenntnis von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Arbeit verbreiten und dem Tarifwesen neue Anhänger werden. Der Tarifvertrag ist aus dem heutigen Wirtschaftsleben nicht mehr hinwegzudenken. Er ist zu einem unentbehrlichen Bestandteil der Arbeitsverfassung geworden. Was das heißt, wird erst klar, wenn man sich vergegenwärtigt, wie schwierig es in der Vorkriegszeit war, einen Tarifvertrag mit den Unternehmern abzuschließen, und welchen ungeheuren Fortschritt die kollektive Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gegenüber dem früheren Zustand darstellt, als noch der einzelne Arbeiter sich in persönlichen Auseinandersetzungen mit dem Unternehmer um den Arbeitsvertrag und um die Lohnfindung bemühen mußte. Und wie selten gelang es dem Arbeiter, sich in diesen persönlichen Auseinandersetzungen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Daß das Tarifvertragswesen heute im deutschen Arbeitsleben einen so hohen Stand einnimmt und so fest verankert ist, ist fast ausschließlich der Arbeit der Gewerkschaften zu verdanken, und dieser Arbeit und an diesen Erfolgen hat der Verband der Fabrikarbeiter einen maßgebenden Anteil. Das beweisen die angegebenen Zahlen. Aber sie mahnen auch gleichzeitig zu neuer, unermüdlicher Arbeit für die Arbeiterschaft und für den Verband, der auf so vielfältige Weise die Interessen der Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen vertritt und ihre Lebenshaltung durch seine Erfolge in der Lohn- und Tarifpolitik zu verbessern wußte.

Zahlstellenleiterkonferenz im Gau 8 (Thüringen).

Am 22. Juni 1930 trafen die Vertreter der 45 Zahlstellen des Gaus 8 mit rund 5000 Mitgliedern in Jena zu einer Konferenz zusammen. Es waren fünf Vertreter des Vorstandes des keramischen Bundes und der Zentralbranchenleitungen Porzellan und Glas, sechs Mitglieder des Gauvorstandes und 14 Belegierte anwesend.

Aber das Thema „Aufstieg oder Niedergang, wirtschaftspolitische Betrachtungen“ sprach in längeren Ausführungen Kollege Paul Schneider (Erfurt).

Er ging von den offiziellen Kundgebungen der Spitzenorganisation der deutschen Industrie und maßgebender Industrieller zu den wichtigsten wirtschafts- und sozialpolitischen Tagesfragen über und präziserte die Stellungnahme der freien Gewerkschaften. Der Brennpunkt der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit liegt, nachdem außenpolitisch eine gewisse Beruhigung eingetreten ist, in der Verteilung der durch den Krieg dem deutschen Volke erwachsenen Lasten. Das Unternehmertum will den Hauptteil der Lasten auf die Schultern der arbeitenden Schichten abwälzen. Die Weltwirtschaftskrise, verbunden mit der katastrophalen Arbeitsmarktlage in Deutschland, soll zum rücksichtslosen Lohnabbau, zu tiefereinschneidenden Verschlechterungen der für die Erhaltung der Arbeiterschaft unerlässlichen sozialpolitischen Gesetze und Einrichtungen und zu neuer steuerlicher Belastung der Arbeiter, Angestellten und Beamten ausgenutzt werden.

Alle bürgerlichen Parteien im Reichstag stellen sich schämevoll vor die Interessen der Besitzenden. Mit Hilfe seiner reichen Geldmittel versucht das Unternehmertum Organisationen großzuziehen, die als Gegenspieler gegen die freien Gewerkschaften benutzt werden können. Die gelben Werkvereine, Stahlhelmhilfsvereine und Nazibewegung sind die Früchte dieses Beginns. Dieser Kampf gegen die Fundamente des proletarischen Klassenkampfes, gegen die freien Gewerkschaften, ist jedoch nicht neu. Gelbe, Streikbrecherorganisationen, Reichsligaverband u. a. Gebilde haben wir vor dem Kriege auch gehabt. Wir haben diese überwunden und werden mit den neuesten Unternehmertumsbildungen auch fertig werden.

Die Befundung der Wirtschaft

läßt sich durch Abbau der Löhne und der Sozialversicherung nicht erreichen. Aber die Unternehmer wollen ja auch gar nicht die deutsche Volkswirtschaft retten, wenn sie auf die Senkung der Löhne und auf die „Reform“ der Sozialversicherung hin arbeiten. Sie wollen nur ihre Privatgewinne nicht schmälern lassen und weiter ihre hohen Gehälter, ihre fürstlichen Lantkemen und ihre fetten Dividenden

auf Kosten der Arbeiterschaft

einfstreichen. Die Unternehmergewinne sollen nicht angefaßt werden; die ohnehin schon niedrigen Arbeiterlöhne will man noch mehr verringern. Die bestehenden Klassen wollen weiter in Wohlleben schwelgen; die Arbeiterschaft soll sich noch mehr in der Lebenshaltung einschränken, weil sie das Hungern und Entbehren ja doch schon gewohnt ist, und die Arbeiterschaft soll weiter die Kosten der Rationalisierung tragen und die Opfer für die wirtschaftliche Entwicklung bringen, die die Unternehmer von sich abwälzen. Das soll die Arbeiterschaft nach dem Willen der Unternehmer, aber sie braucht es nicht, wenn sie sich in ihren freien Gewerkschaften die Organisationen schafft, die die Angriffe der Unternehmer nicht nur abwehren, sondern noch Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und Erweiterungen der Sozialversicherung durchsetzen können. Dringender als je erhebt sich heute die Forderung:

Stärkt den Verband!

Die Entwicklung des Kapitalismus hat aber auch den modernen Industriebewerber entstehen lassen, der ausschlaggebendes Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft verlangt. Die freien Gewerkschaften sind die maßgebenden Organisationen dieser um wirtschaftliche Mitbestimmung ringenden Arbeiter- und Angestelltenkreise. Von ihrer Stärke wird es abhängen, wann und wie die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit entschieden werden. Ob Ruhe oder Sturm - das unerlöschliche Vertrauen zum Verbandsführer über alles; kein Raum für wirtschaftliche oder politische Scharlatanerie und ihre Lockungen - dann wird der Sieg unser sein, mit diesen Worten schloß Kollege Schneider unter allgemeinem Beifall seine Betrachtungen.

Sobald gab Kollege Karl vom Hauptvorstand unter Bezugnahme auf das bevorstehende 40jährige Verbandsjubiläum einen Überblick über die neueste Entwicklung des Verbandes. Trotz beispielloser Wirtschaftsdpression steht der Verband fest und unerschütterlich. Alle Angriffe von rechts und links können nur weiter dazu beitragen, die innere Festigkeit und Geschlossenheit zu stärken; denn die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung beweist die Richtigkeit unserer gewerkschaftlichen Einstellung zu allen wichtigeren Fragen des Staates und der Wirtschaftspolitik. Kollege Karl schloß mit einem warmen Dank an alle treuen Mitarbeiter mit seiner Rede.

Anregungen der Konferenz, der gewerkschaftlichen Jugendarbeit größere Aufmerksamkeit zu schenken und Zahlstellenleiter- oder Geschäftsleiterkonferenzen in kürzeren Zeiträumen abzuhalten, wurden von der Gauleitung ergänzt bzw. im zustimmenden Sinne beantwortet.

Später fanden sich die Konferenzteilnehmer und viele Gäste zur Ehrung der Kollegen E. Hoffmann und R. Dornheim anlässlich ihres 25jährigen Angestelltenjubiläums zusammen. Die Verdienste der beiden Kämpen sind in den Verbandsorganen bereits gechildert worden. Rufs- und Gefangnisse räumten den Groß der Jungen an die Alten und die Ansprachen der Vertreter verschiedener Verbandsinstanzen ein. Kollege Karl übermittelte Grüße und Dank des Hauptvorstandes und der Gesamtmitgliedschaft; Grünsel begrüßte in humorvollen Ausführungen die Jubilare im Auftrag des keramischen Bundes; die Zentralbranchenleiter Apel und Götzig gedachten der Mitarbeiter ihrer Industriegruppe und Kollege Erdmann begrüßte im Auftrag der Gauleitung die beiden Kollegen.

Die neue französische Sozialversicherung.

Jeder Tag, der vorübergeht, zeigt uns immer klarer, daß die Sozialisten und die Führer des französischen Gewerkschaftsbundes, deren Aktivität wir das neue Gesetz über die Sozialversicherung zu verdanken haben, den geheimen Hintergedanken hatten, damit das kapitalistische und bourgeoise Regime in ein Abenteuer zu verwickeln, aus dem es keinen Ausweg gibt. Es scheint, als wenn ein geheimer Gedanke den Bürgerkrieg in unserem Lande herbeiführen wollte. Alle Maßnahmen des Gesetzes scheinen absichtlich eingeplant zu sein, um bei seiner Ausführung eine gewisse Willkür Platz greifen zu lassen, die nur zu einem allgemeinen Anstand führen kann, so schreibt der „Figaro“, die Zeitung des Pariserfabrikanten Gaus, vgl. das Gesetz über die französische Sozialversicherung unter den Regierungen Poincaré und Lardier angenommen wurde.

Obwohl jetzt kein Zweifel mehr daran bestehen kann, daß das Gesetz, das schon am 3. Februar in Kraft treten sollte, nun endlich mit seinen neuen Bestimmungen am 1. Juli angesetzt wird, hat die Geze gegen das Gesetz kaum nachgelassen. In keiner Weise, vom 1. Juli an gültigen Form unterscheidet das Gesetz zwischen obligatorisch und fakultativ Versicherten.

Obligatorisch versichert ist jeder Lohnempfänger, der 15 000 Franken (18 000 in Städten von über 200 000 Einwohnern und in den wichtigen Industriezentren) höchstens im Jahr verdient.

Das Gesetz unterscheidet fünf Kategorien. Der weniger als acht Frank pro Tag verdient, zahlt, ebenso wie sein Arbeitgeber, 72 Frank (das sind 12 Mk.) pro Jahr. Bei 8 bis 14,99 Frank zahlen Arbeitgeber und -nehmer je 144 Frank pro Jahr; bei 15 bis 19,99 Frank zahlt jeder 216 Frank; bei 20 bis 31,99 Frank zahlt jeder 288 Frank und bei 32 bis 50 Frank Tagesverdienst zahlen Arbeitgeber und -nehmer je 480 Frank pro Jahr in die Versicherungskasse.

Krankheitsversicherung.

Der Versicherte hat das Recht auf ärztliche Untersuchung, wobei er nur 15 Prozent des Honorars selbst erlegen muß. Ebenso hat er Anspruch auf Medikamente in der Apotheke unter Selbstzahlung von 15 Prozent. Außerdem hat der Versicherte, solange er nicht arbeiten kann, auf höchstens 6 Monate einen Anspruch auf eine Unterfertigung, die je nach der Kategorie, zu der er gehört, drei, sechs, neun, zwölf oder achtzehn Frank beträgt. Die Frau und die Kinder des Versicherten haben ebenfalls Anspruch auf ärztliche Untersuchung und auf Medikamente.

Schwangerschaft.

Sechs Wochen vor und sechs Wochen nach der Geburt die gleiche Unterstützung wie im Krankheitsfalle. Ebenso besteht ein Anspruch auf ärztliche Hilfe und Medikamente. Ferner eine Sonderzulage von 150 Frank für die ersten vier Monate.

Todesfall.

Der nächste Verwandte erhält eine Summe von 20 Prozent des Durchschnittslohns des Versicherten (Minimum: 1000 Frank) als Sterbegeld.

Invaliditätsversicherung.

Nach den ersten sechs Krankheitsmonaten hat der Versicherte, wenn seine Arbeitsfähigkeit um zwei Drittel vermindert ist, einen Anspruch auf eine zunächst fünfjährige, dann endgültige Pension von 720, 1440, 2160, 2880 oder 4320 Frank, je nach der Kategorie, zu der er gehört.

Altersversicherung.

Wer 30 Jahre der Klasse angehört, erhält im Alter von 60 Jahren eine Alterspension, deren Höhe für die verschiedenen Kategorien die gleiche ist wie bei der Invaliditätsversicherung.

Freiwillig versichert sind die Kleinkaufleute, Stallschweizer, Intellektuelle, die keinen Lohn empfangen (also die freien Berufe), Kleinpächter usw. Sie bestimmen selbst die Höhe ihrer Versicherungssumme, doch muß diese mindestens 280 Frank pro Jahr und darf höchstens 10 Prozent ihres jährlichen Verdienstes betragen. Für die Landarbeiter wurden durch das neue Gesetz vom 1. Mai 1930 noch besondere Bestimmungen geschaffen.

Endlich ist es nach einem jahrzehntelangen Kampf den unermüdblichen Bemühungen des französischen Gewerkschaftsbundes gelungen, die tausend starken Widerstände gegen die Einführung der Sozialversicherungen zu brechen. Kurt Lenz.

Frauenfragen.

Frauenkonferenz im Gau 2.

Am 22. und 23. Juni 1930 tagte in Wernigerode eine Frauenkonferenz für den Gau 2 mit folgender Tagesordnung:

- 1. Gesundheitschutz der arbeitenden Frau. Referentin: Frau Dr. Rosenthal (Magdeburg).
- 2. Die Arbeiterinnenfrage in unserem Verbands. Referentin: Kollegin Zammerl (Hannover).
- 3. Verschiedenes.

Es waren etwa 100 Teilnehmer einschließlich Gäste erschienen. Außer einem Hauptvorstandsmitglied und zwei Gauleitern nahmen an der Konferenz neun Zahlstellenleiter teil. Die Leitung der Konferenz lag in den Händen der Kollegin Springer (Bitterfeld).

Gewerberätin Frau Dr. Rosenthal führte etwa folgendes aus:

Die Gesundheit ist das größte Gut des Menschen. Sie ist das einzige Gut, das der arbeitende Mensch besitzt. In früheren Zeiten waren die Frauen hauptsächlich mit Ackerbau, Haushalt und Erziehung der Kinder beschäftigt. Ein „Frauenproblem“, wie heute, gab es noch nicht. Das tauchte erst auf, nachdem die Frau in den kapitalistischen Erwerbsprozess einbezogen wurde. Die Ursache der Frauenarbeit war die leichtere mechanisierte Arbeit. Die große Masse der arbeitenden Frauen arbeitet heute aus wirtschaftlicher Not. Das nutzen die Unternehmer auch aus, indem sie den Frauen niedrigere Löhne zahlen. Müßten die Arbeitgeber für Frauenarbeiten, die den Männerarbeiten gleichstehen, Männerlöhne zahlen, dann würden die Frauen bei bestimmten Arbeiten in den verschiedensten Berufen nicht beschäftigt. In sehr vielen Fällen muß die Frau nach der Fabrikarbeit noch die Hausarbeit verrichten. Der Gesundheitschutz läßt oft viel zu wünschen übrig. Erforderlich ist es, auf Ruhepausen und lustige, saubere Aufenthaltsräume während der Pausen zu achten. Die einseitige Arbeitsweise ist für den Körper der Frau doppelt schädlich, abwechselnde Arbeit ist erforderlich. Hierzu sind nicht nur Maßnahmen der Unternehmer angebracht, sondern auch ein besseres Zusammenwirken unter den Frauen selbst. Eine wichtige Aufgabe des Betriebsrates ist es, die Arbeiterinnen vor schwerem Heben und Lasten schieben zu warnen. Der weibliche Körper ist für solche Arbeit zu schwach, besonders aber sind solche Arbeiten für die schwangere Frau gefährlich. Reichliche Lüftung und Belüftung der Arbeitsräume muß erstrebt werden. Die persönliche Hygiene der Frau kann in starkem Maße dazu beitragen, den Körper widerstandsfähiger zu machen. Die Statistiken lehren, daß die Männer zwar häufiger erkranken, daß aber die Krankheiten bei den Frauen von viel längerer Dauer sind. Es kommt vor allem darauf an, daß die arbeitende Frau größeren Wert auf Körperpflege legt, weil sie sich ihre Arbeitskraft möglichst lange erhalten muß, denn vorläufig ist die Frauenarbeit aus dem Arbeitsprozess nicht auszuschalten.

An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Tolski, Götlich und Lennert sowie die Kolleginnen Zammerl, Mankow und Springer. Im Schlußwort gab die Referentin einige Erfahrungen aus ihrer Praxis bekannt.

Kollegin Zammerl ging in ihren Ausführungen besonders auf die Lage der Arbeiterin im heutigen Wirtschaftsleben und auf die Stellung der Arbeiterinnen zur Organisation ein. Die Frauenarbeit ist immer mehr im Steigen begriffen. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen beträgt jetzt zirka 12,1 Millionen gegenüber 11,5 Millionen nach der letzten Berufszählung im Jahre 1925. Die Minderbezahlung der Frauenarbeit ist auf Minderbewertung der Frauenleistung zurückzuführen. Hinzu kommt das ungünstige Organisationsverhältnis und mangelndes Klassenbewußtsein bei den Arbeiterinnen. Nicht in allen Betrieben erhalten die Arbeiterinnen zwei Drittel der Männerlöhne. Mehr Selbständigkeit und Selbstbewußtsein der arbeitenden Frauen ist erforderlich. Mit Unterstützung

des Hauptvorstandes und des Arbeiterinnen-Sekretariats wird versucht, durch besondere Frauenveranstaltungen die Aufklärung und das Organisationsverhältnis unter den Arbeiterinnen zu fördern. Besonderer Wert wird dabei auf die Heranbildung der Kolleginnen zur Mitarbeit im Verbandleben gelegt. Es ist notwendig, daß in allen Gauen und Jahrestellen mit weiblichen Mitgliedern Arbeiterinnen-Agitationskommissionen gebildet werden, wie das in einigen anderen Gauen bereits geschehen ist. Weitere ausführliche Darlegungen über das Wirken des Verbandes im Arbeiterinneninteresse und über die Tätigkeit des Arbeiterinnen-Sekretariats bildeten den Schluß des Referats der Kollegin Zammert.

In der Diskussion sprachen die Kolleginnen Schießsch und Mankow sowie einige Kollegen. Kollege Tolski wies mit besonderem Nachdruck auf die große Bedeutung der Frauenarbeit in unseren Industrien hin und forderte die Zahlstellenleitungen auf, die Kolleginnen stärker zur Mitarbeit heranzuziehen. Kollege Kuhnert brachte eine entsprechende Entschließung ein.

Im Schlußwort ging die Kollegin Zammert auf die Diskussion ein. Zur eingebrachten Entschließung betonte sie, daß zu einigen Fragen, die die Entschließung berührt, bereits auf Verbandstagen und Konferenzen Stellung genommen wurde. Es kommt für uns in erster Linie darauf an, die Kolleginnen für den Verband zu gewinnen, wenn überhaupt Besserung im sozialen und materiellen Leben der Arbeiterin geschaffen werden soll.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die Frauenkonferenz des Gaus 2 des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands fordert:

für die erwerbstätige Frau bei gleicher Leistung auch den gleichen Lohn wie für den Mann;

Erhaltung und Ausbau der Arbeiterschutzesetze, insbesondere vermehrten Schutz für jugendliche und schwangere Arbeiterinnen;

vermehrte Ausschaltung der Frauen, bzw. Verbot der Frauenarbeit in Betrieben, in denen die Arbeit körperlich schwer oder infolge Einwirkung chemischer Substanzen besonders gesundheitsschädigend ist;

Lieferung von Arbeitskleidung und Reinigung derselben im Betriebe;

Einführung eines gesetzlichen Zwanges für die Organe der Gewerbeaufsicht, bei Betriebsrevisionen und Besichtigungen die gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft hinzuzuziehen; daß durch Einstellung von Gewerbeinspektoren, hervorgegangen aus der Arbeiterschaft, eine schärfere Kontrolle der Arbeiterinnenbeschäftigungen erfolgen kann.

Die Konferenz sieht als erste Voraussetzung zur Durchführung der Forderungen eine Stärkung unseres Verbandes durch Organisierung der noch fernstehenden Arbeiterinnen in unseren Industrien an und gelobt, alle Kräfte einzusetzen, dieses Ziel zu erreichen.

Nach Schluß der Konferenz fand auf Einladung der Zahlstelle Elbingerode ein Ausflug nach den Rübeler Tropfsteinhöhlen statt. Allgemein herrschte eine begeisterte Stimmung und aus aller Munde erklang der Abschiedsgruß: Auf Wiedersehen im nächsten Jahre! Erna Schnell.

Arbeiter-Aus und Arbeiterversicherung.

Das Krankengeld für Arbeitslose.

Aber das Krankengeld, das die Arbeitslosen bei einer mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Krankheit infolge ihrer Krankenversicherung durch das Arbeitsamt von den Krankenkassen erhalten, ist in der Gewerkschaftspresse schon mehr als einmal geschrieben worden. Es tauchen jedoch in dieser Frage immer wieder neue Gesichtspunkte und Meinungsverschiedenheiten auf, über die berichtet werden muß, um die Arbeitslosen vor Nachteilen zu bewahren.

Die grundlegende Vorschrift enthält der Paragraph 120 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Es heißt da: „Als Krankengeld wird derjenige Betrag gewährt, den der Arbeitslose nach den Paragraphen 107 und 108 als Arbeitslosenunterstützung erhielt, wenn er nicht erkrankt wäre.“ Das von den Krankenkassen zu gewährende Krankengeld ist also hinsichtlich seiner Höhe beschränkt. Es darf nicht höher sein als der Unterstützungsatz, den der Arbeitslose in derselben Zeit erhalten würde. Das Krankengeld darf aber auch nicht niedriger sein als die Unterstützung. Hieraus ergibt sich die in ihrer Höhe vollkommene Gleichheit von Arbeitslosenunterstützung und Krankengeld. Diese Bestimmung ist aus dem Grunde geschaffen, damit die Arbeitslosen bei einer Krankheit nicht schlechter gestellt werden als durch die Unterstützungsbezüge. Ein weiterer Grund liegt darin, daß man den Arbeitslosen durch die Gleichheit beider Bezüge keinen Anreiz zur Krankmeldung geben wollte. Andere Einschränkungen der Kassenleistungen, wie etwa Dauer der Krankengeldgewährung usw., dürfen nicht stattfinden.

Streitigkeiten können daraus entstehen, daß die beiden in Frage kommenden Gesetze nicht genau aufeinander abgepaßt sind. So bestimmt das Arbeitslosenversicherungsgesetz, daß die Arbeitslosenunterstützung nur für Wochentage gewährt wird. Der wöchentliche Unterstützungsatz wird also durch 6 geteilt. Das Krankengeld muß dagegen nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung für jeden Kalendertag (in der Woche 7 Tage) gezahlt werden. Auf Grund dieser entgegenstehenden Bestimmung wird von den Krankenkassen als tägliches Krankengeld ein Siebtel des wöchentlichen Unterstützungsatzes gewährt. Hierdurch können geringe Abweichungen in solchen Fällen eintreten, in denen ein Arbeitsloser in einer Woche sowohl Krankengeld als auch Unterstützung erhält. Diese Abweichungen sind jedoch meist geringfügig.

Neuerdings sind in der Praxis Zweifel über die Auslegung des oben wiedergegebenen Paragraphen angefaßt. Es ist dies die Frage, ob eine Veränderung des Krankengeldes eintritt, wenn sich während des Krankengeldbezuges der Unterstützungsatz ändert. Diese Fälle sind in der Praxis gar nicht so selten. Angenommen, es erkrankt ein Versicherter und erhält Krankengeld. Erhielte er nun kein Krankengeld, sondern seine Unterstützung weiter, so würde sich diese aus irgendeinem Grunde ändern. Dieser Grund kann darin liegen, daß sich durch Geburt oder Tod eines Kindes die Familienzuschläge ändern, daß der Arbeitslose aus der Arbeitslosenunterstützung in die Krisenfürsorge wechselt usw. All diese Gründe können eine Änderung des

Unterstützungsatzes nach oben oder auch nach unten zur Folge haben. Zum Zeitpunkt dieser Änderung erhält jedoch der Arbeitslose keine Unterstützung, die sich dadurch verändern würde, sondern Krankengeld. Es fragt sich nun, ob das Krankengeld in derartigen Fällen auch Schwankungen unterworfen ist oder nicht. Es ist auch hier so, daß sich die Bestimmungen der beiden Gesetze widersprechen. Nach den Vorschriften der Krankenversicherung bleiben die Beiträge für denselben Versicherungsfall gleich. Es wird demnach stets das gleiche Krankengeld bis zum Ende der Krankheit gezahlt wie zu Beginn der Krankheit. Hiernach würde eine Änderung des Krankengeldes nicht eintreten. Das Gegenteil ergibt nun wieder der Paragraph 120 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Nach ihm ist stets Krankengeld im Betrage der Unterstützung zu zahlen, die der Arbeitslose erhielte, wenn er nicht erkrankt wäre. Also müßte bei einer Unterstützungsänderung auch eine Änderung des Krankengeldes eintreten. Diese Streitfrage ist unlängst so entschieden worden, daß die Vorschriften des Arbeitslosenversicherungsgesetzes als maßgebend anerkannt worden sind. Die Rechtslage ist demnach so, daß sich auch das Krankengeld ändert, wenn in dem während dieser Zeit ruhenden Bezüge der Unterstützung eine Änderung eingetreten ist bzw. eintreten würde. Kl.-S.

Internationale Arbeiterbewegung.

Streik in der niederländischen Schamoffeindustrie.

Die Arbeiterschaft der Chamotte Unie in Geldermassen ist zur Er kämpfung eines höheren Lohnes in den Streik getreten. Unser niederländischer Bruderverband ersucht uns, dies unseren Kollegen bekanntzugeben und sie zu warnen, Arbeitsangebote von dort anzunehmen.

Klassenkampf

ein Entwicklungsergebnis.

Unser Zeitalter der Naturwissenschaft und der Technik ist vor allem das Zeitalter gesteigerter Klassenkämpfe. Es ist gekennzeichnet durch die Organisation der proletarischen Klasse. In den acht Jahrzehnten von der Proklamation des Kommunistischen Manifestes bis zu den Revolutionen im Gefolge des Weltkrieges, bis zum Ringen um Vereinigung der Proletarier aller Länder am Vortag neuer kriegerischer Ausbrüche des Imperialismus ist die Klärung im Klassenbewußtsein der Arbeiter und ihr Ausdruck in Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft nicht minder bewundernswert als die Entwicklung der Technik. Das organische Werden, das das Tier zum Menschen erhoben hat, setzt sich fort in der Organisation des entwicklungsfähigen Teils der Menschheit, des Proletariats, in dem die Zukunft der menschlichen Gesellschaft veranlagt ist.

Julius Schwegel („Der Mensch der Zukunft“, Urania, Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft, Jena.)

Genossenschaftsbewegung.

Das Parlament der Konsumgenossenschaften.

Der 27. ordentliche Genossenschaftstag, der in Lübeck abgehalten wurde, war mit 1500 Delegierten besetzt. Neben den Vertretern der Genossenschaften nahmen 37 Gäste von Behörden, Genossenschaftsverbänden, ausländischen Organisationen usw. teil. Die befreundeten Institutionen, wie der ADGB und die Afa und andere, waren natürlich ebenfalls vertreten. Der Genossenschaftstag wurde eingeleitet durch eine Kundgebung der Lübecker Genossenschaft.

War schon die Einleitung und die äußere Aufmachung des Genossenschaftstages eine Angelegenheit von größter Bedeutung, so förderten die Verhandlungen ein einheitliches Bild der Interessenvertretung der Verbraucher zutage. In dem wirtschaftspolitischen Rückblick wies der Vorsitzende Heinrich Lorenz auf die außerordentlich günstige Entwicklung der Konsumgenossenschaften hin. Er protestierte gegen die konjunkturfeindliche Kampagne, die gegen die Konsumgenossenschaften geübt wird. Was die Internationale der Konsumgenossenschaften bedeutet und welche Macht sie repräsentiert, ging aus den Begrüßungsansprachen hervor, die die ausländischen Gäste hielten. Beispielsweise konnte der Vertreter der englischen Großeinkaufsgesellschaft feststellen, daß dieses Unternehmen 18 Millionen der englischen Bevölkerung mit Lebensmitteln, Kleidung und Möbeln versorgt. Das ist fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung. Waren im Werte von 89 Millionen Pfund Sterling wurden von der englischen Großeinkaufsgesellschaft 1929 umgesetzt. Im Auftrage der Gewerkschaften begrüßte Kollege Eggert den Genossenschaftstag.

Aber die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine sprach Volkmar Klepzig (Hamburg). Die Zahl der Genossenschaften vermehrte sich von 1024 auf 991, dagegen stieg die Zahl der Mitglieder von 2.696.756 auf 2.992.278. Die Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes erzielten 1929 einen Umsatz von 1224 Millionen Mark. Die Zahl der Verteilungsstellen stieg 1928/29 von 9805 auf 10.124. Der Grundbesitz der Konsumgenossenschaften beträgt gegenwärtig 220 Millionen gegen 100 Millionen in der Vorkriegszeit. Man kann es menschlich verstehen, daß die Mittelständler und alle Feinde der Konsumgenossenschaften mit Neid auf eine solche geradezu einzig dastehende Entwicklung blicken. Wenn es dabei bliebe, würde man darüber hinweggehen können. Aber wenn die Staatsgewalt eingegriffen wird, um durch Besteuerung des Absatzes, durch Zilliallizenzen oder Sondersteuern diese Entwicklung zu hemmen, so muß dagegen entschieden Protest eingelegt werden. Hugo Bäßlein nahm Veranlassung, in seinen Vorträgen gegen die Steuerbelastung, die Ausnahmestellung und sonstige Ausdrucksformen einer leidvollen Ausnahmelegislation ganz energig zu protestieren. In den einstimmig angenommenen Entschlüssen zu dieser Frage vermahnte sich der Genossenschaftstag gegen alle derartigen Bestrebungen. In diesem Zusammenhang kam es zum Ausdruck, daß die Konsumvereinsmitglieder bei kommenden Wahlen die politischen Parteien und deren Vertreter daraufhin ansehen müssen, wie sie zur wirtschaftlichen Organisationsfreiheit der minderbemittelten Volkskreise stehen.

Aber internationale genossenschaftliche Angelegenheiten sprach Genosse Rasch (Hamburg) und behandelte auch die Rechtsprechung der Zivil- und Finanzgerichte gegen die Konsumvereine. Er betonte dabei den Klassencharakter der Rechtsprechung, der sich heute so auswirkt, daß Verteilungen erfolgen, nur weil der betroffene Arbeiter, Gewerkschafter oder Sozialist ist. Die Beispiele, die Rasch in seinem Vortrage erwähnte, würde man für so unglaublich halten, wenn sie nicht tieftraurige Tatsachen wären. Naturgemäß müssen sich die Genossenschaften ganz energig gegen derartige einseitige Entscheidungen der Justiz wehren.

Nach niemals hat ein Genossenschaftstag sich gegen eine solche einheitliche Front der Gegner einschließlich der Regierung und der öffentlichen Stellen wenden müssen. Aber es ist vielleicht gut, daß die Genossenschaftsmitglieder dadurch etwas aufgerüttelt werden. Kampf schlägt nicht nur die Glieder, sondern er kann auch propagandistisch wirken. Dadurch, daß die Konsumgenossenschaften sich noch mehr öffentlich bemerkbar machen und ihre Interessen energig verteidigen, werden die Millionen noch fernstehenden Arbeiter, Angestellten und Beamten auf diese wirtschaftspolitische Bewegung hingewiesen, die von niemand Opfer verlangt, sondern jedem greifbare Vorteile bietet. Der Genossenschaftstag in Lübeck war eine Kampftagung. Das frische Leben, das dort erkennbar war, muß sich bis in die letzten Winkel des Reiches bemerkbar machen und befruchtend wirken. Hierzu beizutragen ist Pflicht eines jeden Freundes der Genossenschaftsbewegung.

Rundschau.

Kollektive Agrarier in Böhmen.

Die Landwirte des Königgräzer Gebietes in der Tschechoslowakei haben eine neue Methode ausgedacht, um der Bevölkerung zu zeigen, daß es in der Landwirtschaft nicht recht klappt. Die Verbandszeitung des Land- und Forstarbeiter-Verbandes in der Tschechoslowakei bringt hierüber in ihrer Matnummer folgende Notiz:

„Die Bauern des Königgräzer Gebietes veranstalteten am Sonnabendvormittag anlässlich des üblichen Wochenmarktes einen großen Demonstrationsszug. Über 90 große Bauernwagen, voll geladen mit infolge der langen Einlagerung verdorbenen Kartoffeln, Zwiebeln und sonstigem Gemüse, zogen in langer Reihe durch die Stadt. Auf einmal zogen die Bauern die Seitenbretter der Wagen weg, so daß die ganze Ladung herunterkollerte und die Straße bedeckte. Die nachfolgenden Fuhrwerke fuhren über das umherliegende Gemüse hinweg, das so von den Rädern und Pferdehufen ganz zermalmte wurde. Auf diese Weise wurden viele Tonnen Kartoffeln und Gemüse vernichtet und ganze Straßenzüge von Königgrätz derartig verunreinigt, daß man zur Reinigung besondere Arbeitskräfte anfordern mußte.“

Die ärmere Bevölkerung suchte sich aus den umherliegenden Gemüselappen noch das Beste aus, wobei es direkt zu Raufereien kam. Die Demonstration, meist Großbauern, hielt dann vor dem Bezirksamt eine Protestversammlung ab.“

Die Tatsache, daß die ärmere Bevölkerung sich aus den umherliegenden Gemüselappen noch das Beste aussuchen konnte, zeugt übrigens ganz besonders für den Unsinn unserer privatkapitalistischen Wirtschaftsform. Erst nachdem das Gemüse verkauft ist, kann sich die ärmste Bevölkerung ihren Bedarf von der Straße auflesen. Vorher konnte sie nicht heran an das Gemüse, weil es mangels an genügendem Kaufangebot von den Landwirten in den Scheunen behalten wurde.

Diese neue Methode könnten eigentlich unsere Finanzamtstürmer und die Landvorkampfbombenwerfer auch probieren. Sie sinkt zwar und ist schmerzhaft, kostet aber keine Fenster Scheiben und eingestürzte Häuser.

Zwei neue Naturfreundehäuser.

Wieder wurden zwei neue Naturfreunde-Ferienheime der Öffentlichkeit übergeben.

Der Gau Baden des LW „Die Naturfreunde“ hat im Neckartal in nächster Nähe von Neckargemünd ein prachtvoll gelegenes Landhaus erworben und dasselbe zu einem geräumigen Ferienheim ausgebaut. Das Haus ist von Heidelberg aus mit der Straßenbahn zu erreichen und bietet vorzügliche Erholungsmöglichkeiten wie auch herrliche Wanderungen in das schöne Neckartal. Anmeldungen und Anfragen an Eduard Lehnert, Neckargemünd bei Heidelberg, Schäfershausstraße 40.

Die Ortsgruppe Schwäbisch-Gmünd des LW „Die Naturfreunde“ hat ihr Ferienheim auf dem Himmelreich in der Schwäb. Alb, das im vergangenen Jahre durch Brandstiftung ein Raub der Flammen wurde, unter großen Opfern in neuer, viel schönerer Gestalt wiedererstanden lassen. Das Haus ist in jeder Beziehung hervorragend eingerichtet und trägt allen Ansprüchen, die an ein Ferienheim der Arbeiterschaft gestellt werden können, Rechnung. Anmeldung und Anfragen an Karl Ramsayer in Schwäb. Gmünd, Kaller Markt 42.

Damit haben die Naturfreunde erneut bewiesen, daß es ihnen ernst darum zu tun ist, dem Arbeiter, Angestellten und Beamten eine zweckmäßige, billige Ferienunterkunft zu bieten.

Sozialistische Schulungskurse.

Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet auch in diesem Jahre in Verbindung mit den Bezirksbildungs-ausschüssen eine Anzahl von Schulungskursen, die je eine Woche dauern und die den Mitgliedern der sozialistischen Arbeiterorganisationen die Möglichkeit bieten, unter sachkundiger Leitung sich in ein bestimmtes Fragegebiet zu vertiefen. Die Kurse finden in schön gelegenen Heimen statt, die den Teilnehmern auch Möglichkeit zur körperlichen Erholung bieten. Die Kosten für Verpflegung und Unterkunft sind so niedrig wie möglich berechnet. Die Teilnehmergebühr beträgt für jeden Kursus 5 Mk. Anmeldungen für die Kurse sind entweder an das sozialdemokratische Parteisekretariat des betreffenden Bezirks oder an den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu richten.

Arbeitsunlust oder Berufsfronde?

Die heutigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sowie die Verhältnisse in den einzelnen Berufen und Betrieben haben nach verschiedenen Seiten hin Veranlassung gegeben zu Untersuchungen über die soziologischen Zusammenhänge, die zur Arbeitsunlust oder zur Berufsfronde führen. Besonders von bürgerlicher Seite sind derartige Untersuchungen angestellt worden, zum Teil auf wissenschaftlicher Grundlage mit dem Ziel, unter allen Umständen den Arbeitsfrieden zu erhalten. Als Mittel werden die Werksvereine, die Betriebsräte, die in der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft nicht große Gegenliebe finden. In der modernen Arbeiterbewegung fehlten bisher derartige Untersuchungen. Die von Arbeitern selbst vorgenommenen wurden. Deshalb hat sich der Vorstand des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker entschlossen, einen literarischen Wettbewerb über das Thema „Arbeitsunlust oder Berufsfronde?“ auszusprechen, dessen nähere Bedingungen im Juliheft der „Typographischen Mitteilungen“ veröffentlicht sind. Für diesen Wettbewerb sind 1000 Mark an Preisen sowie eine Reihe von Büchern der Büchergilde Gutenberg bereitgestellt worden.

Mit Recht darf die gesamte Arbeiterschaft auf das Ergebnis dieses Preisauschreibens gespannt sein, wenigstens auch nur die Berufsverhältnisse der Buchdrucker in diesen Arbeiten untersucht werden. Diese Untersuchungen werden aber symptomatisch auch auf andere Berufe übertragen werden können, in denen gleichfalls das Problem „Arbeitsunlust oder Berufsfronde“ eine Rolle spielt.

Jugendbewegung.

Die mitteldeutsche Gewerkschaftsjugend trifft sich in Magdeburg.

Am 14. und 15. Juni 1930 fand in Magdeburg ein Treffen der Gewerkschaftsjugend Mitteldeutschlands statt. Dazu hatten die im Fabrikarbeiterverband organisierten Jugendlichen eine stattliche Abordnung entsandt, die in Magdeburg herzlich begrüßt wurde.



Jugendgruppe des Fabrikarbeiterverbandes Ilmenau.

Zur offiziellen Kundgebung versammelten sich die Jugendgruppen der freien Gewerkschaften in der Stadthalle, wohin die Jugendgruppen in geschlossenem Zuge durch die Stadt marschierten. Der prächtige Festsaal der Stadthalle war der rechte Rahmen für die stattliche Versammlung der begeisterten sozialistischen Gewerkschaftsjugend. Musikstücke leiteten die Veranstaltung ein. Dann folgte die Begrüßung durch den Ortsvorsitzenden des AOB, Magdeburg und durch den Bezirksvorsitzenden des AOB, Bezirk Mitteldeutschland. Gingen da schon die Wogen der Begeisterung hoch, so erscholl stürmischer Jubel, als der Bundesvorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Peter Grafmann, die Jugend begrüßte und zu ihr über die Bedeutung der Gewerkschaften im allgemeinen und über die besonderen Aufgaben der Gewerkschaftsjugend sprach. Und ganz sicher haben die anwesenden jungen Arbeiter und Arbeiterinnen nach der eindringlichen Rede des Kollegen Grafmann erneut den festen Voratz gefaßt, auch zu ihrem Teil an der Befreiung der Arbeiterklasse mitzuarbeiten und das zu vollenden, was die alten Vorkämpfer der Gewerkschaftsbewegung begonnen haben. Mit dem gemeinsamen Gesang einiger Freiheits-

Eifer war, mit dem die junge Generation der organisierten Arbeiterschaft unermüdet am weiteren Ausbau der Gewerkschaften arbeitet und der eine sichere Bürgschaft für den endlichen vollkommenen Sieg der Arbeiterklasse ist. „Freundschaft!“

Aus dem Gau 6, Schlesien.

Am 19. und 20. Juli d. J. findet in Breslau ein freier gewerkschaftliches Jugendtreffen statt. Die sehr umfangreichen organisatorischen Vorarbeiten sind abgeschlossen. In den Zahlstellen muß nun mit der Werbung für diese Veranstaltung begonnen werden, damit sie zu einem vollen Erfolg wird. Das Programm ist sehr reichhaltig, lehrreich und interessant, so daß das Jugendtreffen allen Teilnehmern in dauernder Erinnerung bleiben und zur Belebung des gewerkschaftlichen Gedankens unter der arbeitenden Jugend viel beitragen wird.

Jugendnot.

Eine private Jugendberatungsstelle in Berlin hat nach dem ersten Jahre ihres Bestehens eine Übersicht über ihre Tätigkeit herausgebracht. Für uns ist das Material aus dem Grunde bedeutungsvoll, weil es zeigt, welche Wünsche die Jugendlichen haben. Es gibt einen aufschlußreichen Einblick in die Beweggründe, die die Jugendlichen veranlassen, die Beratungsstelle aufzusuchen. Daß dabei die Berufsangelegenheiten im Vordergrund stehen, kann nicht überraschen. Das Berufsleben der Jugendlichen wird heute von Härten begleitet; viele Dornen stehen am Arbeitsweg der Jugendlichen. Dank der rührigen Tätigkeit der Gewerkschaften, die sich in den letzten Jahren der Jugendlichen besonders angenommen haben, ist schon vieles besser geworden.

Blumen.

Von Ludwig Praxsch*.

Wieder strahlt es rot und blau
zwischen grauen Steinen aus
und umschlingt den ganzen Bau
und schmückt jedes schlichte Haus.

Dort am starren Häuserblock
wiegen Blumen sich an Pfahl;
Gang an Gang und Stock an Stock,
trägt den Schmuck die ganze Stadt.

Jede Mauer steht im Licht
und kein Fleck ist leer und kahl;
wie es aus der Knospe bricht,
glüht es bunt im Sonnenstrahl.

Blumen wirken stumm und still,
und das haftet im Gemüt.
Wo der Mensch das Gute will,
hilft er, daß die Blume blüht.

Ist die Hütte noch so klein,
kommt die blütenreichere Zeit,
sähtst du, wie im Sonnenschein,
sich dein Herz darüber freut.

Darum muß die Mauer fehn,
farbig, wie ein Blütenfeld;
Menschen, die vorübergehn,
freuen sich der bunten Welt.

Dort die Blume an dem Rain
sieht der Mensch, er hat sie gern,
doch die zwischen Stein und Stein
leuchtet ihm als lieber Stern.

* Unser Verbandskollege und Mitarbeiter am „Proletarier“ Ludwig Praxsch aus Fürth in Bayern ist am 12. Juni gestorben. Er war von Beruf Glasmacher und seit Jahren invalid. Viele Skizzen, Humoresken und muntere auch Gedichte hat er für unser Familienblatt beigegeben. Das Gedicht „Blumen“ hat er eine Woche vor seinem Tode geschrieben; es ist seine letzte literarische Arbeit. Nun ruht er aus, wozu er im Leben keine Zeit hatte.

Die Beratungsstelle wurde im Berichtsjahr von 667 Jugendlichen aufgesucht. Davon waren 419 Jungen und 248 Mädchen. Das Alter der beratenen Jugendlichen schwankte zwischen 15 und 20 Jahren. Es waren 144 Lehrlinge, 112 kaufmännische Angestellte, 197 gelernte und ungelernete Arbeiter, 86 Schüler, 51 Studenten, 18 Hausangestellte und 59 haben ihren Beruf nicht angegeben. 264 Jugendliche waren arbeitslos. 83 haben Mangel an ausreichender Bekleidung. Die hohe Zahl der jugendlichen Arbeitslosen ist bemerkenswert.

Was wollten die Jugendlichen? 107 kamen wegen Konflikten mit den Eltern und Pflegern, 15 suchten Anschluss und Gemeinschaft, 49 hatten Konflikte mit ihrem Arbeitgeber und 25 mit der Schule und dem Lehrer; 57 Jugendliche kamen in Fürsorgeerziehungssachen und 39 wegen Straftaten, 142 wollten in Berufsangelegenheiten beraten werden und suchten Stellung, 46 hatten um Unterbringung für die Zeit der Schwangerschaft und um Erledigung von Alimentenangelegenheiten. 136 Jugendliche erbaten Sernauberatung und 51 wollten sich in verschiedenen anderen Angelegenheiten beraten lassen.

Danach fanden die Berufs- und Sernauberatungen und Konflikte mit den Eltern im Vordergrund. Auch die Konflikte mit dem Unternehmer nehmen einen hohen Prozentsatz in Anspruch. Es waren hauptsächlich Lehrlinge, die wegen solcher Konflikte erschienen. Daß sie nicht den richtigen Weg gewählt haben, liegt klar auf der Hand. Eine private Einrichtung kann Arbeitskonflikte nicht beseitigen, dazu sind die Gewerkschaften da, die nicht nur geschulte Kräfte besitzen, sondern auch über die notwendigen Erfahrungen verfügen. Anschluss an seine Gewerkschaft ist daher für jeden berufstätigen Jugendlichen eine Notwendigkeit.

Die Not der Jugendlichen ist hauptsächlich eine wirtschaftliche Not. Die Existenzfrage spielt bei dem größten Teil der Ratsuchenden die wichtigste Rolle. Die Unsicherheit und die Verzweiflungssinnung, die schon viele Jugendliche zu verzweiflungsreichen Schritten getrieben hat, drückte allen Fragen den Stempel auf. Niemand holt sich aus Übermut Rat. Was man will, muß Hilfe in einer Lage, aus der man allein keinen Ausweg mehr finden kann. Die Arbeiterjugend ist

doppelt schwer von der wirtschaftlichen Ungunst der Zeit betroffen. In jeder Arbeiterfamilie ist einer arbeitslos, und die Aussichten für dauernde Beschäftigung sind äußerst gering. Bei den heutigen trostlosen Wirtschaftsverhältnissen hat jede Beratungsstelle für Jugendliche einen großen Zulauf. Aus der Hoffnung heraus, daß vielleicht dort Hilfe wird, kommen die Jugendlichen. Doch wäre es um sie und ihre Zukunft verhängnisvoll, wenn die Jugendlichen den Mut sinken lassen würden. Erinnern wir uns des Dichterwortes: „Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß.“ In diesem Sinne weiterzuringen um ein besseres Los der Arbeiterjugend muß auch fernerhin eine Hauptaufgabe der Gewerkschaften sein.

Berichte aus den Zahlstellen.

Chemnitz, Bezirk Mittweida.

Max Krähel (Dreierwerden) †.

Am 16. Juni verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit unser altbewährtes Mitglied und treuer Funktionär, Kollege Max Krähel.

In ihm verliert die Bezirkszahlstelle Mittweida einen ihrer besten Kollegen. Zwölf Jahre lang war er als Unterkassierer und Vertrauensmann tätig, zehn Jahre Mitglied des Arbeiterrates. Auch in der Partei stellte er zu jeder Zeit seinen Mann. Als Gemeindevertreter, überall, wo es galt, für die Arbeiterschaft zu wirken, war Kollege Krähel auf dem Posten. Mit ihm ist ein guter Mensch dahingegangen. Seiner zahlreichen Familie wendet sich allgemeine Teilnahme zu. Die zahlreiche Beteiligung an der Trauerfeier und der überaus herrliche Blumenschmuck bewiesen, daß man einen Mann zu Grabe getragen, dessen Verlust schwer empfunden wird. Um ihn trauert nicht nur seine Familie, sondern auch seine 600 Kollegen aus dem Betriebe sowie die gesamte Mitgliedschaft im Bezirk. Wir werden unserem toten Freunde und Mitkämpfer ein dauerndes Andenken bewahren.

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle J h o e: August Logewski, Buch-Nr. S II 637 454; Hermann Mollenhauer, Buch-Nr. S II 137 185.

Zahlstelle Döbeln.

Das Büro der Zahlstelle befindet sich vom 1. Juli 1930 an in Döbeln, Burgstraße 1. [2 Mk.]

Zahlstelle Heilbronn.

Die ausgeschriebene Geschäftsführerstelle ist besetzt. Gewählt ist Kollege Hans Balbiani aus Nienburg a. d. W. Allen Bewerbern unseren besten Dank. [2,50 Mk.]

Literarisches.

Leonard S. Woolf: „Ein Dorf im Dschungel“. Roman, aus dem Englischen übertragen von E. W. Weddige. 248 Seiten. Ganzleinen. Verlag: Der Bücherkreis, G. m. b. H., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7/8. 1930. Preis im Buchhandel 4,80 Mk. (für Mitglieder nur 3 Mk.). Dieser Roman aus dem Dschungel Seylons ist mit einer erstaunlichen Wärme und Anteilnahme geschrieben. Er erzählt den tragischen Untergang einer Steinbauernfamilie. Zunächst packt den Leser die Naturwüchsigkeit und Erdnähe des Buches. Der Dschungel, die Pflanzen, Tiere und Menschen in ihm, seine grandiose dämmerige Majestät, die gelbe Färbung eines phantastischen Lebensraumes in der frühlinghaften kurzen Regenzeit und des langsamen tobenden Abnehmens der Lebenskraft der nachfolgenden langen Zeit der Dürre, die Hunger, Durst und Fieber bedeutet, der unermüdete Kampf zwischen Dschungel und Menschenflehung um den Raum, die Bindungen zwischen Natur und Mensch durch Religion und Überleben, alles das wirkt in greifbarer Nähe und Anschaulichkeit vor dem Auge des Lesers. Es besteht die Hoffnung aber fortzuschreiten, desto energischer drängt sich daneben anderes mit in den Vordergrund. Wir leben den schweren Offensivkampf dieser Eingeborenenfamilie mit; wir empfinden in voller Stärke ihre gesellschaftliche Unterdrückung in der kastenhierarchie, und schließlich steigt aus unserer Anteilnahme Protest und flammende Anklage gegen den englischen Imperialismus empor, der sich durch seine eigene Unterdrückungspolitik und durch seine Passivität gegenüber der brutalen Unterdrückung durch eingeborene Vorgesetzten an indischen Völker schwer verhängt. Die Dörfler des Romans fühlen zwar, daß sie Unrecht leiden, aber sie legen nicht die großen überpersönlichen Zusammenhänge. Auch der fest in Indien entfestelte Freiheitskampf unter Gandhi's Führung, seine Formen und Mittel, werden ja von den Sozialisten sehr verschieden beurteilt. Trotzdem, ja gerade, weil uns manches darin fremd anmutet, ist das sorgsame Studium dieses Roman's für alle, die sich für die indische Frage interessieren, eine Notwendigkeit.

Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens. Führende Gewerkschafter, Prof. Aufhäuser, Eduard Bernstein, Falkenberg, Walter Maßke, Hermann Müller, Paul Umbreit, Emil Vandenberg und bedeutende Wissenschaftler, unter anderen: G. H. Driess, Chajes, Flatow, Karl Pribram, Riedel, haben sich in gemeinsamer Arbeit an dem obengenannten Werk zusammengeschlossen. Das Handwörterbuch, welches eine fähbare Lücke in der gewerkschaftlichen Literatur ausfüllt, wird unter Mitarbeit von Joh. Gessenbach, Albert Thomas, Sidney Webb, Adam Siegelwald und Anton Eichelberg herausgegeben von Prof. Ludwig Wüst, und verlegt von der Werk- und Wirtschaft-Verlagsaktiengesellschaft, Berlin. Das Werk behandelt unter besonderer Berücksichtigung der deutschsprachigen Länder die Geschichte, Soziologie und Praxis des internationalen Gewerkschaftswesens, die politischen Beziehungen der Gewerkschaften zu allen wichtigen Fragen der Wirtschaft und Politik. Es kommen nicht nur Vertreter der freien Gewerkschaften zu Wort, sondern auch Vertreter der gegnerischen Verbände. Das Handwörterbuch wird in sechs vier bis fünf Lieferungen zum Preise von je 2,20 Mk., bei Einlieferung 12 Mk., erscheinen. In Anbetracht der Bedeutung dieses Werkes hat die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Joststraße 6a, den Generalvertrieb an die freigeberische Verlags- und Vertriebsfirma übernommen. Weitere Auskünfte werden dort gern erteilt.

A. N. de Jong: „Einfältige Kinder“. Roman, aus dem Holländischen übertragen von Fr. und M. Grünberg. 287 Seiten. Ganzleinen. Verlag: Der Bücherkreis, G. m. b. H., Berlin SW 61, 1930. Preis im Buchhandel 4,80 Mk. (für Mitglieder nur 3 Mk.). „Ein Kind wächst, eine Seele spinnst sich, ein Herz liegt offen vor dem Leben. Und das Leben schüttet ein Licht und eine Weisheit und das Kind erwacht.“ Diese Sätze aus einer Besprechung (im ganzen Roman) des „Kulturwillens“, Leipzig) können als Motto dienen für den ganzen Roman. In dem unser holländischer Genosse de Jong die Kindheit des kleinen Katerpöttele's in der holländischen Provinz schildert, sind die erwachsenen Katerpöttele's holländisch gestaltet. In den beiden ersten Büchern des Trilogie's ist es das erste Mal ein ausgesprochenes Kind. Und dieser Teil ist der neue Ursprung, ein Mensch, der gewiß das Beste will; aber er ist ein beschränkter, im ersten Augenblicke beschränkter Fanatiker, der Katerpöttele's durch seinen Gott der Sache als den allein richtigen aufzwingen will. Und Katerpöttele's muß nachgeben, weil seine Kraft noch nicht stark genug ist gegen seine Eltern und gegen die kirchliche Obrigkeit zu widerstreben. Sein Verstand verliert vergebens, seinem armen kleinen Katerpöttele's die Pflichten zu helfen. Und eine zweite Enttäuschung muß Katerpöttele's erleben. Sein neuer Freund, der einfältige Jons, körperlich ein Riese, in seinem Denken und Fühlen ein Kind, trotz aller seiner Erziehungsversuche, ein physisches Verbrechen seiner Väter vor den Weibern, ein physisches Verbrechen an einer Mutter. Wiederum steht Katerpöttele's vor einem Rätsel. Wie kann ein Gott, sein kostbarer Gott, der doch ein Gott der Liebe ist, eine solche Missetat zulassen, die er, der Allwissende, doch hätte verhindern können? Die dramatische Macht der Erzählung hält den Leser in atemloser Spannung und selbst bis zur letzten Seite. Das Buch, ein psychologisches Meisterwerk, verdient recht viele Leser. Sein erstaunlich billiger Preis erleichtert den Kauf, es ist anzuschaffen.

Soziale Gewerkschaft. Monatlich zwei Nummern. Bezugsgebühr monatlich für Gewerkschaften und Gewerkschaftsmitglieder 75 Pf. Preis der einzelnen Nummern 20 Pf. Seit 12 Jahren ist die Zeitschrift der Gewerkschaften sozialer Arbeiterbewegungen ein wichtiges Organ für die Kraft und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften. In dieser Zeit solche Erfolge haben können. In dem Heft folgen dann kurze Abhandlungen über das Verhältnis, gemeinwirtschaftlicher Sozialistischer zu den Gewerkschaften und eine Darstellung der neuesten Entwicklung der Gewerkschaften.



Jugendgruppe des Fabrikarbeiterverbandes Jena.

Kampflieder der Arbeiterklasse und mit Musik schloß die Veranstaltung, die gewiß auf alle Beteiligten erhebend gewirkt und bei allen einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen hat. Im Anschluß an die Versammlung fand ein Fackelzug der freigewerkschaftlich organisierten Jugend statt. Es war nicht ohne tiefe symbolische Bedeutung, daß die Jugend in ihren Händen das Licht trug, das die Nacht erhellt und den Weg in eine schönere Zukunft weist. So ging der Marsch in freudiger Begeisterung durch die Stadt zum Domplatz, wo ein Sprecher noch einmal zu Treue und Hingabe an die Ziele der Arbeiterbewegung ermahnte.

In dem Ziel die Jugendabteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter besonders auf. Die sehr zahlreich anwesenden jungen Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen waren ein lebendiger, eindrucksvoller Beweis dafür, daß die Jugendabteilung unseres Verbandes schon recht erfolgreiche Arbeit geleistet hat und daß trotz der kurzen Zeit, seit der die Jugendfragen eine besondere Bearbeitung und Beachtung in unserem Verbande erfahren, der gewerkschaftliche Gedanke schon sehr viele überzeugte und begeisterte Anhänger unter der Fabrikarbeiterjugend gefunden hat, so daß der Verband der Fabrikarbeiter schon eine stattliche „junge Garde“ sein eigen nennt, die eine Gewähr dafür ist, daß die Jugend die Ziele der alten Gewerkschafter unermüdet im Auge behalten und die Arbeit der alten Gewerkschafter mit Erfolg fortsetzen wird.

So verließ die eindrucksvolle Veranstaltung, die allen Teilnehmern in dauernder Erinnerung bleiben wird und ein eindrucksvoller Beweis für den Idealismus und den heiligen

Chemische Industrie

Explosion mit Todesfolge in den Bayerischen Stickstoffwerken Plesteritz.

Am 11. Juni 1930 erfolgte im Versuchslaboratorium der Bayerischen Stickstoffwerke in Plesteritz eine Explosion, wobei der Werkstoffident Helmut Hermann aus Magdeburg getötet und der Arbeiter Pannier aus Plesteritz leicht verletzt wurde. In dem Laboratorium wurden unter der Leitung Dr. Weißlers Versuche mit Teer und flüssiger Luft angestellt, wobei es zu der Explosion kam. Wie uns mitgeteilt wird, ist den Chemikern seit langer Zeit bekannt, daß Teer und flüssige Luft nicht zusammengebracht werden dürfen. Wenn trotzdem in dieser Form mit den Stoffen in Plesteritz manipuliert wurde und dadurch das Unglück entstehen konnte, muß die Arbeit als eine ganz besondere Leichtfertigkeit bezeichnet werden, oder aber wenn dem betreffenden Chemiker die Gefahren solcher Arbeit nicht bekannt waren, dürfte er einen solch verantwortungsvollen Posten nicht bekleiden. Wir werden auf die Angelegenheit noch einmal zurückkommen. Hoffentlich gelingt es der Gewerbeaufsicht, den Schuldigen zu ermitteln und seiner Bestrafung zuzuführen. G. S a u p f.

Geschickte Verhandlungen über die Beseitigung der siebenten Schicht in kontinuierlichen Betrieben.

Die vielen Arbeiterentlassungen in der J.-G. Farbenindustrie wie auch in der übrigen chemischen Industrie haben in unserem Verband und bei den Betriebsräten der chemischen Industrie starke Besorgnis ausgelöst. Wir haben wiederholt mit den Gauleitern und auch mit Betriebsräten über die Angelegenheit verhandelt. Aus den Kreisen der Betriebsräte der J.-G. Farbenindustrie sind uns dann Forderungen auf Beseitigung der noch vorhandenen neunten Arbeitsstunde und der siebenten Wochenschicht in kontinuierlichen Betrieben zugegangen, die wir dem Arbeitgeberverband unterbreitet haben.

Wir haben schon im Winter mit der Leitung der J.-G. Farbenindustrie über die Angelegenheit verhandelt. Damals waren in den Betrieben der J.-G. Farbenindustrie insgesamt 15 000 Arbeiter entlassen worden, wobei die in den Betrieben vorher beschäftigten Bauarbeiter nicht mitgezählt waren. Wir konnten bei der damaligen Aussprache nur erreichen, daß die J.-G. Farbenindustrie das Versprechen gab, in den Wintermonaten weitere Entlassungen nicht mehr vorzunehmen. Im Frühjahr noch etwa notwendig werdende Entlassungen würden die Arbeiter nicht so schwer treffen, weil ja voraussichtlich bis zum Frühjahr sich die allgemeine Konjunktur wieder etwas heben würde, so daß ein Unterkommen für die eventuell noch zur Entlassung Kommenden im Bereich der Möglichkeit läge. Das Frühjahr hat keine Besserung auf dem Arbeitsmarkt gebracht, wohl aber sind von der J.-G. Farbenindustrie mindestens noch 2000 Arbeiter entlassen worden. Unter Hinzurechnung der in der übrigen chemischen Industrie Entlassenen ist die Zahl der Arbeitslosen aus der chemischen Industrie auf 24 000 bis 25 000 Arbeiter zu schätzen.

Durch Beseitigung der siebenten Arbeitsstunde in kontinuierlichen Betrieben könnten einige tausend Arbeiter in der chemischen Industrie untergebracht werden. Wird doch in einem chemischen Großbetrieb der J.-G. Farbenindustrie der Bedarf an neuen Arbeitskräften bei Durchführung dieser Maßnahme auf rund 800 angegeben. Die Arbeitgeber stellen sich von vornherein auf den Standpunkt, daß sie auf eine durchschnittlich 55stündige Arbeitszeit pro Woche in kontinuierlichen Betrieben ein tarifliches Recht haben und dieses tarifliche Recht aufzugeben nicht beabsichtigen. Außerdem machen eine Anzahl Betriebe von diesem tariflichen Recht keinen Gebrauch, weil sie in ihren Betrieben die Sonntagsarbeit durch Springer durchführen können, was in den Betrieben, die heute noch in sieben Schichten arbeiten, nicht möglich ist.

Diese Ansicht kann von uns nicht geteilt werden. Wir haben in vielen Betrieben früher Ablösungsmannschaften gehabt, ohne daß dadurch der Betrieb gelitten hätte. Auch im Leunawerk wurde jahrelang die siebente Schicht durch Ersatzeleute versehen, was heute nicht mehr möglich sein soll. Auch in den Kunstseidebetrieben der J.-G. Farbenindustrie wird ausnahmslos Sonntags gearbeitet. In den ersten Jahren nach dem Kriege ruhten fast alle Kunstseidebetriebe Sonntags. Auch heute gibt es in Deutschland große Kunstseidefabriken derselben Art, wie die der J.-G. Farbenindustrie, die Sonntags den Betrieb ruhen lassen. In der J.-G. Farbenindustrie hat man aber die Sonntagsarbeit in den Kunstseidebetrieben restlos eingeführt. Wir bezweifeln, daß für die Sonntagsarbeit in den Viskose-Kunstseidefabriken eine gesetzliche Grundlage vorhanden ist. Es könnte nur die Bestimmung der Gewerbeordnung § 105c, Absatz 4, in Frage kommen. Dieser Absatz lautet:

Das Verbot der Sonntagsarbeit nach § 105b findet keine Anwendung — auf Arbeiten, welche zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeitsergebnissen erforderlich sind, sofern nicht diese Arbeiten an Werktagen vorgenommen werden können.

In Viskose-Kunstseidefabriken ist Sonntagsarbeit, um ein Verderben von Rohstoffen und Mißlingen von Arbeitsergebnissen zu verhüten, nicht erforderlich. Ein Beweis dafür ist, daß die J.-G. Farbenindustrie in früheren Jahren auch Sonntags nicht gearbeitet hat und heute andere Kunstseidefabriken Sonntags nach wie vor ruhen. Es ist aber richtig, daß bei durchlaufendem Betrieb die Arbeitsergebnisse höher sind, als wenn Sonntags der Betrieb ruht. Der Gesetzgeber kann aber nicht gewollt haben, daß Tausende von Arbeitern regelmäßig Sonntags arbeiten sollen, um der Industrie eine höhere Profitrate zu verschaffen. Es wird Aufgabe der Behörden sein, die Sonntagsarbeit in Kunstseidebetrieben, soweit Viskoseseide in Frage kommt, vollständig auszuschalten.

Im übrigen brachten die Unternehmer bei den Verhandlungen zum Ausdruck, daß ihre Auffassung über Beseitigung

oder Einschränkung der Arbeitslosigkeit grundsätzlich von unserer abweicht. Während wir die Auffassung vertreten, daß die vorhandene Arbeit nach Möglichkeit auf die vorhandenen Arbeitskräfte verteilt wird, um allen Arbeitern Arbeitsgelegenheit und damit Einkommen zu schaffen, wodurch die Kaufkraft erhöht und die Produktion gefördert wird, vertreten sie mit guten Gründen die Auffassung, daß nur eine Produktionsvermehrung, die selbstverständlich Absatz finden muß, die Wirtschaftskrise überwinden kann. Dazu ist aber nötig, daß die Betriebe so wirtschaftlich wie möglich gestaltet werden. Wenn auch durch die Beseitigung der siebenten Schicht und Durchführung der notwendigen Sonntagsarbeit durch neu einzustellende Arbeiter die tatsächliche Lohnhöhe nicht geändert wird, so ergeben sich doch aus der Neueinstellung Mehrausgaben für soziale Beiträge und in der Lohnverrechnungsabteilung, die von den Unternehmern nicht getragen werden können und nicht getragen werden wollen. Außerdem würde ein solches Vorgehen nur verhältnismäßig wenigen Arbeitern neue Arbeitsgelegenheit geben, wodurch der Gesamtarbeitsmarkt kaum ein anderes Bild bekommen würde. Unsere Entgegnung, daß diese Maßnahme nur eine von vielen sein soll und jede einzelne eine kleine Änderung herbeizuführen geeignet ist, blieb von den Unternehmern vollständig unbeachtet.

Die Verkürzung der Arbeitszeit

bei vollem Lohnausgleich ist eins der wirksamsten Mittel, um die riesige Arbeitslosigkeit um ein beträchtliches zu vermindern, um die Absatzstockungen zu beseitigen und das Wirtschaftsleben wieder normal zu gestalten. Aber dies Mittel ist nicht nach dem Herzen der Unternehmer, die eine große „industrielle Reservearmee“ brauchen, damit der Arbeiter gezwungen ist, sich zu jedem Lohn und zu allen Bedingungen zur Arbeit anzubieten. Wollen wir unsere Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich durchführen, dann müssen wir unseren Verband noch stärker machen, noch mehr Mitglieder werben und noch mehr den Einfluß unserer Organisation in allen Wirtschaftszweigen und Betrieben unserer Industrien stärken. Jeder Pfennig Lohnhöhung, jede Stunde Arbeitszeitverkürzung, die unser Verband durchsetzen kann, kommt der gesamten Arbeiterschaft zugute und

vermindert die Arbeitslosigkeit!

Diese Verhandlungen haben uns gezeigt, daß die chemische Industrie unter Führung der Schwerindustrie dieselben Ansichten vertritt und dieselben Maßnahmen ergreift, wie sie von der Spitze gewünscht werden. Auch die chemische Industrie ist nicht gewillt, soweit es in ihrer Möglichkeit liegt, am Abschwächen oder an der Beseitigung der Krise mitzuwirken. Da die chemische Industrie selbst bestreitet, daß sie jemals von einer Krise heimgesucht ist, da sie selbst angibt, daß die Arbeiterentlassungen nicht auf schlechten Geschäftsgang zurückzuführen sind, sondern ihre Ursache in der durchgeführten Rationalisierung haben, und da absolut feststeht, daß die chemische Industrie in den letzten Jahren nicht nur gut, sondern glänzend verdient hat, wirkt das Verhalten des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie gegenüber unseren berechtigten Forderungen ganz besonders kraß. Bei unseren Verhandlungen konnten wir nicht den Eindruck erlangen, daß die chemische Industrie irgendwie sich ihrer sozialen Pflichten gegenüber der Arbeiterschaft und gegenüber der Allgemeinheit bewußt ist. Bei ihren Erwägungen haben nur die Verdienstmöglichkeiten eine Rolle gespielt. Diesen Standpunkt der Arbeitgeber zu brechen ist nur möglich, wenn die Arbeiter der chemischen Industrie aus diesem Verhalten die Konsequenzen ziehen und sich restlos ihrer Organisation anschließen. G. Haupt.

Der Gummitrust rationalisiert weiter.

Betriebsschließungen und Arbeiterentlassungen.

In Nr. 20 des „Proletariats“ hatten wir Gelegenheit, uns mit dem Jahresbericht des Gummitrustes zu beschäftigen, der einen geradezu glänzenden Aufstieg des Trustes auch während der von den Unternehmern immer wieder in den Vordergrund gestellten Wirtschaftskrise zeigt.

In diesem Geschäftsbericht wurde u. a. auch gesagt, daß sich das Geschäftsergebnis trotz der allgemein schwierigen Verhältnisse im Geschäftsjahr 1929 befriedigend gestaltet habe. Die an die Fusion mit den Excelsior-, Peters-Union- und Titan-Polack-Werken geknüpften Erwartungen hatten sich bereits im abgelaufenen Geschäftsjahr in einem gewissen Umfang erfüllt, man müsse diese Zeit als ein Übergangsstadium betrachten, die Geschäftsleitung sei der Meinung, daß die volle Auswirkung der Vertrustung erst in Zukunft eintreten könne. Danach konnte man der Meinung sein, daß der Trust die übernommenen Betriebe auch fernerhin als Tochterbetriebe im vollen Umfang aufrechterhalten würde. Diese Hoffnung wird jäh zerstört durch einen kurzen Bericht, der, anscheinend von dem Continental-Trust inspiriert, in den letzten Tagen in den größeren Wirtschaftszeitungen zu lesen war. Demnach hat die Fusion der Peters-Union mit der Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Compagnie Hannover bisher wesentliche Änderungen in betriebstechnischer Hinsicht nicht gebracht. Es sei nur eine gewisse Umorganisation durch Spezialisierung der Fabriken in Hannover und Frankfurt erfolgt, wobei im Betrieb von Peters-Union durch neue Arbeitsmethoden und durch die Anlage moderner Maschinen bereits ein gewisser Arbeiterabbau vorgenommen sei. Auch

in anderen angegliederten Betrieben ist es ähnlich gewesen. Das alles aber soll nach den neuesten Darstellungen der Trustleitung nicht genügen. Weder das stark gesteigerte Arbeitstempo, noch die vermehrte Ausbeutung der Arbeiterschaft durch das berichtigte Bedarfs-System befriedigt die Firma. Deshalb sollen in der Trustleitung in Hannover Erwägungen schweben, um aus Rationalisierungsgründen eine schärfere Betriebskonzentration in den Anlagen des Gummitrustes vorzunehmen. Ein festes Programm, wie diese Konzentration vorgenommen werden soll, liege noch nicht vor, sei aber durch die Verwallung in wenigen Tagen zu erwarten. Immerhin wird erwogen, zum erheblichen Teil kaufmännische und auch Werksbetriebe abzubauen. Dabei würde auch die völlige Stilllegung der gesamten Frankfurter Anlagen von Peters-Union erwogen, wobei der Gesamtbetrieb nach Hannover verlegt werden würde. Beachtlich ist dabei, daß eine Vergrößerung der hannoverschen Anlagen in diesem Falle nicht erforderlich werden dürfte, da die Gummitrustfabriken ohnehin über größere Anlagen verfügen müssen, um die Aufträge in den Saisonmonaten März—Juni ausführen zu können. Zu einem geringen Teil wird mit der Möglichkeit gerechnet, in Erwartung einer stärkeren Konjunkturüberhebung den Betrieb von Peters-Union doch noch aufrechtzuerhalten.

Inzwischen hat die oben angekündigte Rationalisierung bereits scharf eingesetzt. Für die Stilllegung eines größeren Teiles der Titan-Polack-Werke in Waltershausen hat der Trust Stilllegungsverhandlungen beantragt. Es sollen dort stillgelegt werden die Fahrradreifen-, die Fahrradschlauch- sowie die Massiv-Reifenabteilung. In Frage kommen in diesen Betriebsabteilungen zirka 100 Personen. Da einige andere Abteilungen in Mitleidenschaft gezogen werden, dürfte sich diese Zahl noch erheblich vergrößern. Als Grund der vorgenommenen Betriebsschließung wird die Unrentabilität des Werkes angegeben, die darin bestehen soll, daß die Produktionsmöglichkeit nur zu einem Drittel ausgenutzt sei. Der Verwaltungsapparat ist angeblich zu kostspielig. Durch die Teilsstilllegung geht jedoch nach Angabe der Firma die Rentabilität noch weiter zurück, so daß mit einer endgültigen Betriebsstilllegung gerechnet werden muß. Damit hat das große Abschichten der von dem Gummitrust aufgezogenen Betriebe eingesetzt. Als bei Beginn der Vertrustung Befürchtungen hinsichtlich von Betriebsstilllegungen erhoben wurden, wurden solche Absichten von der Trustleitung abgelehnt. Anscheinend scheute man damals die öffentliche Meinung. Heute glaubt die Trustleitung wohl, daß genügend Gras über die aufsehenerregende Vertrustung der deutschen Gummiindustrie gewachsen ist. Deshalb das rücksichtslose Vorgehen gegen einzelne Tochterbetriebe. Bereits der letzte Geschäftsbericht läßt erkennen, daß ohne Rücksicht auf Menschen die Trustleitung bestrebt ist, ihrem Ziele unentwegt zuzufahren. Rationalisierung in jeder Form sowie die wirtschaftliche und finanzielle Konzentration des Trustes haben in demselben Ausmaße, in dem das Unternehmen aufstieg, der Arbeiterschaft der Conti-Betriebe Verschlechterungen über Verschlechterungen gebracht.

Mit den jetzigen Maßnahmen der Trustleitung dürfte die Entwicklung noch nicht beendet sein. Weitere Steigerungen wird man versuchen. Es stellt sich immer mehr heraus, daß die Vertrustung einzelner Industriezweige nicht das bringt, was von den Trustleitungen und Kartellen behauptet wird, nämlich eine Verbilligung der Produktion und eine bessere Organisation des Absatzes, Erleichterungen für die in der Produktion stehenden Arbeiter, sondern Arbeiterausbeutung, Arbeiterentlassungen und zum Teil erhebliche Vertenerung der Produkte für die Verbraucher. Es gibt wohl wenige Betriebe in Deutschland, in denen die Arbeiterausbeutung in den letzten Jahren so ungeheuer gesteigert wurde wie in den Betrieben des Gummitrustes. Zum Dank dafür werden nun zum Teil langjährig beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen von der Trustverwaltung rücksichtslos auf die Straße gesetzt. K. Segerer.

Ein neuer Schritt zum Welt-Stickstofftrust.

Wichtige Dinge vollziehen sich in der privatkapitalistischen Wirtschaft meistens in aller Stille. Seit Jahren bringt es die Entwicklung in der Stickstoffindustrie der ganzen Welt mit sich, daß die Erzeugungsfähigkeit weit über den Verbrauch hinauswächst und damit die ungeheure Gefahr entsteht, daß es infolge Überproduktion in der Stickstoffindustrie zu schweren Erschütterungen der Unternehmungen kommen kann. Deshalb gehen auch schon seit längeren Jahren Bestrebungen dahin, nicht nur in den einzelnen Ländern, wie es vor kurzem in Deutschland durch das Stickstoffsyndikat geschehen ist, Produktionsbindungen vorzunehmen, sondern solche Maßnahmen auf alle stickstoffherzeugenden Länder der Welt auszudehnen.

Vor einigen Jahren bereits trafen sich die Größen dieses Industriezweiges einmal in aller Harmlosigkeit auf einer Lustfahrt im Mittelmeer, wo man so gleichsam übers Wachenende sich in großzügiger Weise zu verständigen versuchte. Damals waren die Interessen und die Entwicklungsmöglichkeiten in den einzelnen Staaten noch so, daß unmittelbare Gefahr für die nationalen Erzeugergruppen nicht bestand. Diese Lage hat sich inzwischen ganz bedeutend verschärft. Deshalb fand in den letzten Tagen in Ostende, einem belgischen Badeort, eine neue Stickstoffkonferenz statt. Was dort verhandelt wurde, entzieht sich dem Wissen der Öffentlichkeit, denn das, was als offizielle Mitteilung an die Presse gegangen ist, ist mehr als dürftig. Demnach ist sich die Konferenz der europäischen Erzeuger von synthetischem Stickstoff über die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit einig geworden. Das Komitee sei gebildet worden mit dem Auftrag, einen internationalen Verteilungsplan für die synthetische Stickstoffproduktion anzuarbeiten, wobei jedoch der Grundsatz gewahrt bleiben soll, daß der Absatz in jedem einzelnen Land den heimischen Erzeugern allein vorbehalten bleiben soll. Im

Verlauf der Verhandlungen unternahmen namentlich die polnischen Vertreter Vorkläufe gegen Deutschland und Norwegen, weil die Vertreter dieser Länder (J.-G. Farbenindustrie) bisher noch keine Produktionszahlen bekanntgegeben hätten. Danach wurde die Frage der künstlichen Zurückhaltung der Erzeugung erörtert. Die Deutschen, Engländer und Norweger schlugen vor, daß die übrigen Länder ihre Erzeugung in demselben Maße einschränken, wie sie es selbst für sich tun würden, d. h. es soll eine Einschränkung der Produktion um 50 Prozent vorgenommen werden. Auf Vorschlag des französischen Vertreters wurde beschlossen, den Verbrauch jedes Landes zunächst der heimischen Erzeugung vorzubehalten. Das eingesezte Komitee besteht aus zwölf Vertretern, als Länder an der Konferenz beteiligt waren. Seine nächste Aufgabe soll in der Ausarbeitung eines Vertragsentwurfes zu einer europäischen Stickstoffkonvention (Vereinbarung) bestehen. Als Laufzeit der Vereinbarung soll vorläufig ein Jahr in Frage kommen. In den Kreisen der Schwerindustrie werden die Verhandlungen als günstig beurteilt und das europäische Stickstoffkartell als beschlossene Sache betrachtet.

Damit vollzieht sich, wie in vielen anderen Produktionszweigen, eine wirtschaftliche Zusammenfassung auf internationalen Gebiet von größtem Ausmaß. Sie wird dazu beitragen, die Macht der Stickstoffproduzenten zu erhöhen. Daß für die Verbraucher Vorteile dabei herauspringen, kann man nach der allgemeinen Entwicklung in anderen Industriezweigen nicht erwarten. R. Segerer.

Konferenz der Betriebsräte der Betriebe der J.-G. Farbenindustrie.

An dieser Konferenz, die am 15. Juni 1930 in Frankfurt a. M. stattfand, nahmen 110 Kollegen teil. Davon waren 56 Mitglieder des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, 34 Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes; 19 gehörten dem Heizer- und Maschinenverband an und einer dem Deutschen Holzarbeiterverband. Die Leitung der Konferenz lag in den Händen des Kollegen Parfisch vom Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes. Vom Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes war Kollege Handke erschienen.

Kollege Adler (Hannover) sprach über die Betriebsrätewahl in den J.-G.-Betrieben und über unsere Stellungnahme zur Aufsichtsratswahl. Er wies auf die Beschlüsse der verschiedenen Gewerkschaftskongresse und Verbandstage hin, die die Wahlen zu den Betriebsräten regeln, machte auf die verhandelschädigende Tätigkeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition aufmerksam und ging dann auf die Ergebnisse der Betriebsrätewahlen in den J.-G.-Betrieben näher ein. Das Gesamtergebnis ist durchaus günstig für uns. In 23 Betrieben wurden 164 freigewerkschaftlich organisierte Betriebsratsmitglieder gewählt. Das sind zwar etwas weniger als im Vorjahre, aber die Arbeiterzahl ist ja auch bedeutend geringer geworden. Die kommunistische Opposition erhielt 43 Vertreter in den Betriebsräten, die sich auf 8 Betriebe (von 23 Betrieben) verteilen. Die christlichen Organisationen haben in 13 Betrieben zusammen 95 Mitglieder. Im Hinblick auf den Arbeiterrat ist der Ausgang der Wahlen noch günstiger für uns, da sind 199 Betriebsratsmitglieder freigewerkschaftlich organisiert gegen 60 oppositionelle und 43 christliche. Trotzdem das Gesamtergebnis den sinkenden Einfluß der Kommunisten zeigt, müssen wir doch den Betriebsrätewahlen erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden, um unseren Einfluß in den Betriebsräten der J.-G. Farbenindustrie noch mehr zu stärken.

Nachdem Kollege Adler dann noch zu der Aufsichtsratswahl Stellung genommen und die Rechte und Pflichten der Betriebsräte im Aufsichtsrat eingehend erläutert hatte, schlug er vor, als Kandidaten für die nächste Aufsichtsratswahl die bisherigen Vertreter wiederzuwählen.

Die Versammlung nahm das Referat mit lebhaftem Beifall auf und beschloß, dem Antrag des Kollegen Adler gemäß, die bisherigen Vertreter im Aufsichtsrat wieder als Kandidaten aufzustellen, und zwar als Mitglied des Aufsichtsrats den Kollegen Sparr (Levertanen), als ersten Ersatzmann den Kollegen Sohn (Ludwigshafen) und als zweiten Ersatzmann den Kollegen Roth (Hoch).

Über die Geschäftslage in der J.-G. Farbenindustrie und über die Arbeiterentlassungen sprach Kollege Haupt (Hannover). Mit der Frage der Massenentlassungen hatte sich schon die letzte Betriebsrätekonferenz am 10. November 1929 beschäftigt. Seitdem hat sich die Situation für die Arbeiterschaft noch weiter verschlechtert. Schon bei Beginn des Winters 1929/30 betrug die Gesamtzahl der Entlassenen rund 15.000. Es gelang zwar, von der J.-G. Farbenindustrie das Zugeständnis zu erlangen, daß während des Winters keine weiteren Entlassungen erfolgen sollten, aber schon gleich nach dem 1. April 1930 setzten die Entlassungen wieder ein, so daß allein bei der J.-G. Farbenindustrie wenigstens 17-18.000 Leute insgesamt entlassen wurden. Dazu kommen noch die Entlassungen in der übrigen chemischen Industrie, die mit 6-8.000 in den letzten 12 Monaten nicht zu hoch geschätzt sind, so daß bei einer Gesamtzahl von etwa 20.000 Beschäftigten in der chemischen Industrie der Prozentsatz der Entlassenen doch recht hoch ist. Noch schädlicher wirkt die Bedeutung der Massenentlassungen hervor, wenn man bedenkt, daß die J.-G. Farbenindustrie allein 130.000 Menschen beschäftigt, also fast ein Drittel aller Beschäftigten in der ganzen chemischen Industrie.

Die Ursachen der Entlassungen sind nicht in schlechtem Geschäftsgang zu suchen. Die sehr vorsichtig abgefaßten Berichte der J.-G. Farbenindustrie erklären die gegenwärtige Geschäftslage wie die weiteren Aussichten für günstig. Die Hauptgründe für die Entlassungen liegen in der technischen Entwicklung, die eine ungeheuer gesteigerte Produktion bei stark vermindelter Arbeiterzahl möglich macht. Dazu ist die persönliche Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters ganz bedeutend gesteigert, was ein gut ausgebautes Akkord- und Prämienarbeitsverhältnis noch beiträgt.

Nachdem Kollege Haupt die vielseitigen und starken Beeinträchtigungen der J.-G. Farbenindustrie mit der deutschen Volkswirtschaft wie mit der Weltwirtschaft erläuterte und den überragenden Einfluß der J.-G. Farbenindustrie in den anderen Zweigen der chemischen Industrie geschildert hatte, betonte er zum Schluß die Notwendigkeit der einheitlichen Regelung der Akkord- und Prämienarbeit und der Verkürzung der Arbeitszeit in den J.-G.-Betrieben, um der Entlassungen entgegenzuwirken. Dazu seien allerdings gewisse gewisse Arbeiterorganisationen notwendig, die die Interessen der Chemiewerker nachdrücklich und erfolgreich vertreten können.

Die Forderung über das mit lebhaftem Beifall angenommene Referat war lebhaft und sachlich. Allgemein wurde über die Not berichtet, die sich bei der Arbeiterschaft infolge der Entlassungen zeigt, es wurde anerkannt, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit notwendig und notwendig sei und daß eine einheitliche Regelung der Akkord- und Prämienarbeitsverhältnisse wie der Lohnverhältnisse erwünscht sei. Schließlich wurde auf Anregung von Kollegen Sparr (Levertanen) beschlossen, eine parlamentarische Erhebung über die Akkord- und Prämienarbeitsverhältnisse wie über die Prämienarbeit und über die Frage der Arbeitszeit in allen J.-G.-Betrieben durchzuführen. Das ist genommene Material soll von der Gewerkschaften gesammelt und durchgearbeitet werden und danach die weiteren Schritte in der für die Chemiewerker so wichtigen Fragen unternommen werden.

Kollege Parfisch schloß die Konferenz mit der Feststellung, daß die beherrschende Lageordnung mit Einmütigkeit und Arbeitsfreudigkeit erledigt worden sei, daß die Konferenz den letzten Willen zur Überwindung der großen Schwierigkeiten, die für die Chemiewerker Lebensfragen seien, gezeigt habe und daß dieser Wille seinen wirkungsvollen Ausdruck in dem Gelöbnis fand, unermüdet für den weiteren Ausbau und für die weitere Stärkung der freien Gewerkschaften zu arbeiten.

Streik in der elsässischen Kaliindustrie.

Am 19. Juni 1930 ist in der elsässischen Kaliindustrie ein Streik ausgebrochen. Die elsässischen Kaliarbeiter fordern eine sofortige Lohnerhöhung von 5 Frank je Schicht unter grundsätzlicher Anerkennung des im Monat Februar abgelehnten Minimallohnes für Hauer von 50 Frank (8,21 Mk.) und für Tagelöhner von 42 Frank (6,90 Mk.). Weiter wird gefordert: bezahlter Urlaub, Befreiung aller Strafen, Abschaffung von Übersichten und Überstunden usw.

Die Verwaltung der elsässischen Kaligruben lehnt die Forderungen der Arbeiter ab und begründet diese Ablehnung mit bedeutend niedrigeren Löhnen in anderen Industrien, hauptsächlich in der elsässischen Textilindustrie.

Die Zahl der Streikenden bei den Staatsgruben betrug ursprünglich 50 Prozent und bei der Gruppe Kali St. Thérèse zirka 60 Prozent der Gesamtbelegschaft. Gegen Ende der Woche soll sich, Zeitungsberichten zufolge, bereits ein starkes Abflauen des Streiks bemerkbar gemacht haben. Dies wird darauf zurückgeführt, daß der ehemalige christliche Bergarbeiterverband sich nicht am Streik beteiligt.

Die elsässischen Kaliarbeiter haben sich zu ihrer Lohnbewegung die denkbar schlechteste Zeit ausgesucht. Es kommt hinzu, daß eine geschlossene Organisation nicht vorhanden ist und die elsässischen Kaliarbeiter mit den in sehr großer Zahl dort beschäftigten polnischen Arbeitern nicht die notwendige Fühlung haben. Deshalb dürfte auch in nächster Zeit wahrscheinlich mit einem Zusammenbruch der Bewegung zu rechnen sein.

Gleichheit — Ungleichheit.

Gleichheit ist das heiligste Gesetz der Menschheit. Dem Vermögenden lebt ein ewiger Gegner in dem Armeren, stets bereit, ihn zu bekriegen.

Schiller („Münchenerinnen des Euripides“).

Die Ungleichheit ist die Quelle aller Revolutionen; denn die Ungleichheit kann durch nichts erträglich gemacht werden.

Aristoteles („Politik“, etwa 830 vor Christus.)

Papier-Industrie

Wo kann gespart werden?

II.

Wir haben im ersten Artikel nicht nur auf die hohen in der Papiererzeugungsindustrie erzielten Gewinne hingewiesen, sondern auch auf die Lohnabba-Maßnahmen verschiedener Unternehmer. Daß diese Herrschaften, die die jetzige Absatze in volkswirtschaftlich widersinniger Art durch Lohnabzüge beheben wollen, zwar der Arbeiterschaft Genügsamkeit predigen, sich selber aber in ihren Lebensbedürfnissen nicht die geringsten Einschränkungen auferlegen, beweisen die hohen Direktorengehälter und die hohen Summen, die an Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften in der Form von Lantkemen ausbezahlt werden.

Die hohen Direktorengehälter.

Leider sind die Aktiengesellschaften nicht verpflichtet, die Gehälter ihrer Vorstandsmitglieder mit zu veröffentlichen; das gleiche gilt für die Lantkemen der Aufsichtsräte. Bei Beurteilung der Frage über die Höhe der Direktorengehälter ist man deshalb auf die zufällige Bekanntgabe dieser Gehälter angewiesen. Wir beschränken uns darum in der folgenden Zusammenstellung auch nicht nur auf die Direktorengehälter in der deutschen Papiererzeugungsindustrie, sondern führen auch die Gehälter an, die in anderen Industriezweigen gezahlt werden, soweit sie der Öffentlichkeit bekannt sind. Diese Gehälter zeigen aber deutlich, daß die wirklichen Ursachen vieler Schäden in der deutschen Wirtschaft nicht in der Arbeiter- und Angestelltenfrage, sondern in der Klasse der Wirtschaftsführer und Fabrikdirektoren zu suchen sind.

Firma	Zahl der Direktoren	Gehälter ohne Lantkemen
Beweis-Wessel-Konzern	2	je 30 000
Beweis-Wessel-Konzern	1	60 000
Papierfabrik Mahla & Gräfer	3	98 000
Varziner Papierfabrik	1	95 000
Varziner Papierfabrik	1	92 000
Berliner Verkehrsgesellschaften	2	je 72 000
Inag-Konzern	1	70 000
Inag-Konzern	1	86 500
Inag-Konzern	1	94 000
Inag-Konzern	1	100 000
Inag-Konzern	1	400 000
Reichsbahn	1	100 000
Akkordverband	1	110 000
Krupp	1	120 000
Stahlwerkesverband	1	180 000
Reichsbank	1	340 000
Reichsbank	1	180 000
J.-G. Farbenindustrie	1	500 000
Hamburg-Amerika-Linie	1	600 000

Die Rubrik „Zahl der Direktoren“ beweist natürlich nicht die Zahl der in den einzelnen Unternehmungen beschäftigten Direktoren, sondern gibt nur die bekanntgewordenen Gehälter wieder.

Dabei ist mit diesen Gehältern das Einkommen der Generaldirektoren und Direktoren in der deutschen Wirtschaft noch lange nicht erschöpft. So wurde durch das Landgericht Jülich im Jahre 1927 festgestellt, daß der Generaldirektor des

Inag-Konzerns, Dr. Ziegmann, außer seinem festen Gehalt von 400 000 Mk. noch jährlich 175 000 Mk. besondere Gratifikationen bezog, weiterhin über einen Dispositionsfonds von 250 000 Schweizer Franken jährlich verfügte und an täglichen Reisepesenen 875 Mk. liquidierte.

Der Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer wies in seiner Denkschrift 1928 auf ein Werk hin, das vor dem Kriege 11, im Jahre 1928 aber 28 Direktoren beschäftigte. Die Gehälter dieser Direktoren betragen vor dem Kriege 1000 bis 2000 Mk., nach dem Kriege aber 4000 bis 5000 Mk. je Monat.

Daneben haben sich diese Herrschaften auch noch recht nette Abfindungssummen bei der Auflösung ihres Direktorenverhältnisses garantieren lassen. So erhielt vom Inag-Konzern der ausgeschiedene Direktor, Oberregierungsrat Glaser, 450 000 Mk. Entschädigung. Der Präsident der Deutschen Reichsbank erhält bei seinem Ausscheiden eine Abfindung von 2 750 000 Mk. und seine übrigen Direktionskollegen 1 440 000 Mk.

Es sehen also in Wirklichkeit die Herrschaften aus, die der Arbeiterschaft ständig Genügsamkeit predigen, die ewig über die hohen Löhne, die hohen sozialen Belastungen und die hohen Steuern schreien.

Aufsichtsratsentschädigungen. Ähnlich wie mit den Direktorengehältern steht es in einem ganzen Teil der Aktiengesellschaften auch mit den Aufsichtsratsentschädigungen aus. Die Herren Aufsichtsratsmitglieder, die alljährlich einige Aufsichtsratsitzungen und die Generalversammlung besuchen, erhalten dafür zum Teil geradezu ungeheuerliche Entschädigungen. Auch dafür einige bekanntgewordene Beispiele. Es erhielten jährlich an Lantkemen:

Firma	Aufsichtsratsentschädigungen in Mk.
J.-G. Farbenindustrie	3 197 391
Deutsche Bank	677 000
Diskonto-Gesellschaft	600 000
Verein für Glasstoff-Industrie	680 000
Dresdner Bank	486 000
Hamburg-Amerika-Linie	444 000
Zellstofffabrik Waldhof	512 000
Siemens & Halske	415 000
Dana-Gesellschaft	360 000
Norddeutscher Lloyd	352 000
Papier- u. Zellstoff, Wschaffenburg	280 854,50
Papier u. Zellstoff, Feldmühle	208 229
Iffe, Bergbau-WG.	139 000
Varziner Papierfabrik	32 000
Vereinigte Strohhoffabriken, Dresden	19 523
Papierfabrik Kappel	14 095

Die aus den beiden Zusammenstellungen hervorgehenden Ausgaben für Direktorengehälter und Aufsichtsratslantkemen beweisen, daß auch in der Papierindustrie mit dem Gelde freigebig umgegangen wird, wenn es sich um die Entschädigung leitender Personen handelt. Da ist von Sparsamkeit, die man sonst der Arbeiterschaft predigt, wirklich keine Rede. Für das Wohlleben dieser Herrschaften ist Geld in Hülle und Fülle da, geschimpft wird nur auf die Begehrlichkeit der Arbeiter. Würden die Aktiengesellschaften gesetzlich gezwungen sein, ihre Direktorengehälter und Aufsichtsratslantkemen mit zu veröffentlichen, dann würde auch die Papierarbeiterschaft feststellen können, daß manche ihrer sogenannten Brotgeber in einem Jahre mehr an Gehalt beziehen, als ein Papierarbeiter in seinem ganzen Leben verdienen kann. Wir glauben, nachgewiesen zu haben, wo nicht nur in der deutschen Industrie im allgemeinen, sondern auch in der Papierindustrie im besonderen gespart werden kann. Es ist eine brutale Rücksichtslosigkeit, daß Leute mit solchen Rieseneinkommen es noch wagen, der Arbeiterschaft ihre mageren Lohnbezüge zu kürzen, über die Begehrlichkeit der Arbeiter zu schimpfen und sie nach dem Spottgedicht von Heinrich Heine zu behandeln:

Wenn du aber gar nichts hast,
Ach, so lasse dich begraben —
Denn ein Recht zum Leben, Lump,
Haben nur, die etwas haben.

G. Stähler.

Nahrungsmittel-Industrie

Reichskonferenz der Margarinearbeiter.

Am 22. Juni 1930 tagte in Hamburg eine Reichskonferenz der Margarinearbeiter und -arbeiterinnen. Anwesend waren 2 Vertreter vom Hauptvorstand, 1 Zentralbranchenleiter, 6 Vertreter, 6 Mitglieder der Tarifkommission und 35 Vertreter aus den Zahlstellen und Betrieben. Die Tagesordnung lautete:

1. Konzernentwicklung, Rationalisierung und Arbeitszeit. Referent: Kollege E. Senkfel (Hannover).
2. Stellungnahme zur Kündigung des Rahmenvertrages und der Lohnabkommens. Referent: Kollege R. Parfisch (Hannover).
3. Branchenanliegenheiten.

Zu Verhandlungsleitern wurden die Kollegen Parfisch (Hannover) und Vogt (Hamburg) gewählt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung führt Kollege Senkfel sinngemäß folgendes aus: Die Margarineindustrie wurde bis vor zwei Jahren von zwei Konzernen, die sich inzwischen zu einer Union vereinigt haben, fast ganz beherrscht. Sie beherrschten mindestens 80 Prozent der Margarineproduktion.

Die Technisierung hat sich in der Margarineindustrie stark ausgebreitet als in vielen anderen Industriezweigen. Im Jahre 1913 wurden in 130 Margarinefabriken rund 7500 Beschäftigte gezählt. Diese erzeugten rund 200 000 Tonnen Margarine. Im letzten Jahre betrug die Margarineproduktion 470 000 Tonnen; die Zahl der Beschäftigten betrug rund 7900. Die Margarineerzeugung war also im letzten Jahre 135 Prozent höher als im Jahre 1913; die Zahl der Beschäftigten aber ist fast die gleiche geblieben. Die Höchstzahl der Beschäftigten vor der technischen Umstellung betrug 1920/21 rund 15 000, bei niedrigerer Produktion als heute. Rechnet man dazu, daß die meisten Fabriken heute durch Angleichung von neuen Abteilungen, wie Raffinationsanlagen usw., stark erweitert sind, dann sind bei der eigentlichen Margarineherstellung heute weniger Leute beschäftigt als in der Vorkriegszeit.

Wie haben die Dinge sich nun für die Arbeiterschaft in den Betrieben ausgewirkt? Durch dauernde technische Umstellungen und Verbesserungen wird die menschliche Arbeitskraft immer mehr durch die Maschine ersetzt. Dadurch werden in den Betrieben immer mehr Arbeitskräfte angeheuert. Aber auch die noch vorhandenen Arbeitskräfte werden immer mehr ausgezehrt; immer mehr müssen sie sich dem Tempo der Maschine anpassen. Am meisten haben sich

die Dinge in jenem Betrieben zugunsten der Arbeiterschaft aus- gewirkt, in denen die Margarineindustrie sehr stark vertreten war, und hier wiederum am meisten in den Konzernbetrieben. Wird doch hier immer ein Betrieb gegen den anderen in seiner Leistung ausgepielt.

Redner zeigt an einigen Beispielen, wie sich die technische und wirtschaftliche Entwicklung in der Margarineindustrie ausgewirkt hat. So hatte z. B. Berlin 1921 rund 15000 Margarinearbeiter, am Ende des letzten Jahres ungefähr 100. Hamburg zählte 1921 rund 5100 Beschäftigte in der Margarineindustrie, gegenwärtig rund 2500. Am schlimmsten ist der Niederrhein dabei mitgenommen. Zur Zeit der Höchstbeschäftigung wurden am Niederrhein über 5000 Margarinearbeiter beschäftigt, heute kaum 2000. Für Berlin ist der Rückgang auf die Abwanderung der Industrie zurückzuführen. Am Niederrhein aber ist dieser starke Rückgang in erster Linie auf die Stilllegung der Betriebe und Einschränkung der Beschäftigtenzahl in den noch vorhandenen Betrieben zurückzuführen.

Da nun die Orte Cleve, Goch und Emmersch fast ausschließlich ihr wirtschaftliches Rückgrat in der Öl- und Margarineindustrie haben, ist die Arbeiterschaft dieser Orte von dem starken Abbau am schwersten betroffen. Es kam daher auch aus diesem Gebiet schon seit längerer Zeit die Forderung auf eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit. Zu Anfang dieses Jahres traten die Kollegen erneut mit entsprechenden Anträgen an den Vorstand und an die Branchenleitung heran. Wir haben aber diese Anträge ernsthaft beraten, haben dann mit den Kollegen aus anderen Orten Fühlung genommen und kamen zu der Auffassung, daß wir eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit für die Margarineindustrie anstreben müssen. Wir sind der Überzeugung, daß die Margarineindustrie diese Arbeitszeitverkürzung unter gleichzeitigem Lohnausgleich fragen kann.

Die Industrie wird heute von der Unilever in Deutschland zu 80 Prozent beherrscht. Die Unilever ist hervorgegangen aus den beiden Konzernen Jürgens & Prinzen und van den Bergh, die sich zunächst zu der Union vereinigten. Später wurde auch der Schichtkonzern in Ludwig, der vorwiegend Seife herstellte, aber auch Margarine erzeugte, der Union angegliedert. Die Konkurrenz des Hartoek-Konzerns, der in Cleve einen großen neuen modernen Betrieb erbaute, wurde dadurch ausgeschaltet, daß die Union den Hartoek-Konzern mit aufnahm. Der große, moderne Betrieb, der Millionen kostete, wurde gar nicht erst eröffnet. Der Konzern muß diesen Betrieb mit großen Opfern erhalten, resp. das stillliegende Kapital verzinsen. Nachdem man sich so der Konkurrenz in Deutschland, Holland, Österreich und in der Tschechei durch Zusammenschluß dieser vier Gesellschaften entledigt hatte, breitete die Union ihre Fingerglieder weiter aus.

Die Union hat auch in England große Tochtergesellschaften und wichtige Absatzgebiete. Hier hatte sie nun die Konkurrenz des Lever Brothers-Konzerns zu fürchten, der zu einem großen Prozentsatz die Glycerin- und Seifenproduktion, aber auch einen Teil der Margarineproduktion, in erster Linie aber den Margarinehandel beherrschte. Um diese Konkurrenz auszuschalten, vereinigte sich die Union mit dem Lever Brothers-Konzern zu der sogenannten „Unilever“. Der Lever Brothers-Konzern hatte nun aber ein bedeutendes Absatzgebiet in Amerika und hatte hier die Konkurrenz mit dem Proctor Gamble-Konzern zu bestehen. Es lag nahe, daß man auch hier weitere Verbindungen suchte. Die gegenseitige Konkurrenz soll nun auch in Amerika ausgeschaltet werden. Seit Beginn dieses Jahres sind Verbindungen aufgenommen, um die Unilever mit dem Proctor Gamble-Konzern zu vereinigen. Nach der Zeitschrift „Die Margarine-Industrie“ würde, wenn diese Verschmelzung zustandekäme, eine Gesellschaft entstehen, die über ein Aktienkapital von über 1 1/2 Milliarden Mark verfügt. Das sind unsere wirtschaftlichen Gegner, die wir vor uns haben.

Die letzten Abschlüsse der Union besagen, daß die Gesellschaft eine Dividende von 20 Prozent hätte ausschütten können. Sie hat aber nur 10 Prozent verteilt und will die Aktionäre auf andere Art, durch die Beschaffung von billigen Aktien usw., entschädigen. Der Abschluß gibt aber auch sonst interessante Aufschlüsse. Er zeigt uns, daß Riesensummen für stillgelegte Betriebe ausgegeben werden. Die Kosten für betriebliche Veränderungen usw. gehen in die Millionen. Für Abschreibungen sind allein 26 Millionen Mark ausgegeben, für Reklame 35 Millionen Mark.

Aber die Gewinnmöglichkeiten der übrigen Betriebe ist ein Überblick schlecht möglich. Zumeist befinden sich die Betriebe im Familienbesitz, so daß sie ihre Bilanzen nicht veröffentlichen. Die Bilanz der Firma Homann (Wissen) vom vorletzten Jahre zeigt bei einem Aktienkapital von 300 000 Mk. einen Gewinn von 150 000 Mark. Das ist sicher ein Ergebnis, wobei die Aktionäre nicht zu hungern brauchen. Aus all diesen Tatsachen heraus sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß die Margarineindustrie eine weitere Arbeitszeitverkürzung ertragen kann, und haben entsprechende Verhandlungen mit den Arbeitgebern eingeleitet. Wir hatten beantragt, die Verhandlung ohne Kündigung des Rahmenvertrages stattfinden zu lassen. Die Arbeitgeber lehnten es nicht ab, mit uns zu verhandeln, und konnten unsere durchschlagenden Gründe für eine Arbeitszeitverkürzung nicht widerlegen. Es wurde zugesagt, daß die Dinge sich so entwickeln werden, wie wir dargelegt hatten. Sie machten aber geltend, daß die Arbeitszeit nicht für einen einzelnen Industriezweig besonders herabgesetzt werden könne. Das sei eine Frage, woran die gesamte Industrie interessiert sei. Ferner wurde geltend gemacht, daß es Sache des Staates sei, hier mit einzugreifen. Wir konnten demgegenüber darauf verweisen, daß die Industriellen sich sonst den Eingriff des Staates verweigern.

Die Dinge stehen also zur Zeit so, daß wir uns die Frage vorlegen müssen, ob wir die Frage der Arbeitszeitverkürzung weiter verfolgen wollen, ob Vorstand und Branchenleitung weiter verhandeln sollen und auch zu diesem Zweck evtl. den Rahmenvertrag kündigen sollen. Weder ist in der vorgelegten Entschließung bejahend, ich bitte, derselben zuzustimmen. Mit der Zustimmung allein aber ist es nicht getan. Es gilt, die Organisation zu stärken, denn wir sind bei diesen Auseinandersetzungen auf unsere eigene Kraft angewiesen.

Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag des Kollegen Senke folgte die Besprechung des Kollegen Parfisch (Sannover) an. Er sprach über unsere Stellungnahme zur Kündigung des Rahmenvertrages und des Lohnabkommens. Er schilderte die arbeitserfreundlichen Bestrebungen der Unternehmer, mit denen diese der Wirtschaftskrise begegnen und die deutsche Wirtschaft vor dem Verderben retten wollen. Dabei sehe die deutsche Wirtschaft im Vergleich zu anderen Ländern nicht einmal so ungünstig da. Die Schwarzmalerei der Unternehmer wird auch durch die deutschen Wirtschaftstatistiken widerlegt. Die Pläne der Unternehmer auf Lohnabbau und Einschränkung der Sozialversicherung haben auch volkswirtschaftlich nicht die geringste Berechtigung; Lohnabbau ist nicht geeignet, die Kaufkraft der Massen zu steigern und die Absatzmöglichkeiten zu vergrößern. Unser Widerstand gegen Lohnabbau und unsere Forderungen auf Lohnerhöhung werden durch die ganz unverhältnismäßig hohe Steigerung der Arbeitsleistung des deutschen Arbeiters gerechtfertigt, die bedeutend höher ist als die Leistungssteigerung anderer europäischer und amerikanischer Arbeiter. Der Arbeitslosigkeit kann durch die Herabsetzung der Altersgrenze für die Invalidenrente, durch Sinausscheidung des schulpflichtigen Alters und durch eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit begegnet werden. Besonders in der scharf rationalisierten und technisch gut ausgerüsteten Margarineindustrie ist eine Verkürzung der Arbeitszeit durchaus möglich; sie ist sogar notwendig im Hinblick auf die vielen Arbeitslosen in dieser Industrie. Allerdings muß mit der Verkürzung der Arbeitszeit ein voller Lohnausgleich verbunden werden; das ist für die Margarineindustrie auch vollkommen tragbar bei ihrer glänzenden Geschäftslage.

Die Arbeiterschaft der Margarineindustrie ist so gut organisiert, daß ein Erfolg in der Frage der Arbeitszeitverkürzung und in der Lohnfrage zu erwarten ist. Trotzdem ist es notwendig, unsere Organisation noch weiter zu stärken und auszubauen, um der Unternehmerrschafft der Margarineindustrie, die in ihrer abnehmenden Haltung gegen die Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich vom

Rechtsverband der deutschen Industrie bestärkt und unterstützt wird, eine geschlossene Front der Arbeiterschaft entgegenstellen zu können. Die Aussprache über beide Referate war recht lebhaft. Insgesamt beteiligten sich 18 Diskussionsredner. Davon waren die meisten Kollegen aus den Betrieben. In der sehr sachlichen Diskussion schilderten die Kollegen immer wieder, wie durch die Technisierung der einzelne sich immer mehr der Maschine anpassen muß und wie die Arbeiterschaft immer mehr ausgenutzt wird. Einmütig wurde von allen Rednern zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeiterschaft in der Margarineindustrie eine weitere Arbeitszeitverkürzung dringend für erforderlich hält. Folgende Entschließung wurde zur Frage der Arbeitszeit angenommen:

Entschließung.

Die am Sonntag, dem 22. Juni 1930, in Hamburg tagende Konferenz der Arbeiter und Arbeiterinnen der Margarineindustrie hat von dem Bericht über den negativen Ausgang der Verhandlung um Verkürzung der Arbeitszeit in der Margarineindustrie Kenntnis genommen.

Die Konferenz ist der Auffassung, daß eine weitere Arbeitszeitverkürzung für die Margarineindustrie dringend erforderlich ist, da sich in diesem Industriezweig die technische Umstellung mit am schärfsten zugunsten der Arbeiterschaft ausgewirkt hat.

Die Produktion ist gegenwärtig rund 135 Prozent höher als in der Vorkriegszeit; die Zahl der Beschäftigten aber ist fast die gleiche geblieben. Rechnet man hinzu, daß die Industrie durch Ausbau von Raffinations- und Färbungsanlagen bedeutend erweitert wurde, dann werden gegenwärtig, trotz der großen Produktionssteigerung, bei der Margarineerzeugung weniger Arbeitskräfte beschäftigt als in der Vorkriegszeit.

Seit dem Jahre 1920 wurde die Zahl der Beschäftigten in der Margarineindustrie von rund 15 000 auf 7900, also um annähernd 50 Prozent, vermindert. Dabei ist die Produktion seit diesem Jahre stark gestiegen. Soll das Heer der Arbeitslosen nicht noch viel größer werden, dann ist eine Arbeitszeitverkürzung dringend erforderlich.

Vorstand, Branchenleitung und Tariskommission werden er sucht, die Verhandlungen zwecks Verkürzung der Arbeitszeit erneut aufzunehmen. Ist eine Arbeitszeitverkürzung ohne Kündigung des Rahmenvertrages nicht zu erreichen, soll der Rahmenvertrag zu geeigneter Zeit zu diesem Zwecke gekündigt werden.

Keine unnötigen Überstunden! Unnötige Überstunden vergrößern die Arbeitslosigkeit; sie vermindern für die Arbeitslosen die Aussichten, wieder in den Produktionsprozess eingereiht zu werden. Wenn du aufgefordert wirst, unnötige Überstunden zu leisten, weise auf die furchtbare Arbeitslosigkeit hin, die es den Arbeitern zu einer selbstverständlichen Pflicht der Solidarität macht, solche Überstunden zu verweigern, und die den Unternehmer von der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit abzuweichen mußte, keine Verlängerung der Arbeitszeit zu verlangen, sondern Arbeitslosen eine Verdienstmöglichkeit zu geben. Vor allem aber gilt es für die Arbeiterschaft als erste gewerkschaftliche Pflicht: Keine unnötigen Überstunden! Sie sind ein Verbrechen an den Arbeitslosen!

Bezüglich der Kündigung des Lohnabkommens wurde gleichfalls einmütig der Standpunkt vertreten, daß eine weitere Lohnerhöhung erforderlich sei. Die dauernde technische Umstellung bringe es mit sich, daß die Margarinearbeiter in ihrer Leistung mit der Maschine mitwachsen, also im Aktord arbeiten, aber nur im Lohn bezahlt werden. Außerdem sei es unmöglich, bei der steigenden Teuerung mit den heutigen Löhnen weiter auszukommen. Es wurde beschlossen, der Tariskommission anheimzustellen, zum geeigneten Zeitpunkt das Lohnabkommen zu kündigen. Sodann wurde die Wahl der Tariskommission vorgenommen. Es wurden gewählt die Kollegen: Scheinhardt (Sannover), Feustel (Wittenberg), Herrmann (Münster), Knops (Goch), Hilpmann, Glöb, Voss (Hamburg), de Woll (Emmersch). Zum ständigen Mitglied des Schlichtungsausschusses wurde Kollege Klein (Berlin) gewählt. Damit war die Tagesordnung erledigt. Der Verhandlungsleiter, Kollege Voss (Hamburg), wies in seiner Schlussanrede darauf hin, daß die Konferenz in fleißiger Arbeit die immerhin schwierige Tagesordnung erledigt habe, daß die Konferenz ein eindrucksvoller Beweis für die organisatorische Geschlossenheit und Stärke der im Fabrikarbeiterverband vereinigten Margarinearbeiterchaft gewesen sei, daß es sich nun darum handele, die Beschlüsse, die die Konferenz gefaßt habe, in die Wirklichkeit umzusetzen, daß aber dazu vor allen Dingen notwendig sei, den Forderungen der Arbeiterschaft durch eine starke Gewerkschaft Nachdruck zu verleihen, dem Bestreben der Unternehmer auf Abbau der Löhne, Arbeitszeitverlängerung und Einschränkung der Sozialleistungen den geschlossenen Abwehrwillen der Arbeiterschaft entgegenzusetzen und nicht nur abzumehren, sondern darüber hinaus weitere Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Der gute Geist, der sich auf der Konferenz gezeigt habe, müsse sich nun äußern in weiterer Ausbau und weiterer Stärkung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, der die Interessen der Arbeiterschaft in der Margarineindustrie nachdrücklich und erfolgreich vertreten werde.

Verschiedene Industrien

Die Kunstblumenindustrie im 1. Quartal 1930. Der Geschäftsgang in der Modeblumen-Industrie belebte sich im 1. Quartal 1930 nur vorübergehend. Die Auftragsausführung durch die Betriebe war unterschiedlich. Einige Fabriken waren gut, sogar sehr gut beschäftigt. Andere wieder mußten Arbeiterentlassungen wegen Mangels an Aufträgen vornehmen. Die für den Frühjahrbedarf eingehenden Bestellungen aus dem In- und Auslande waren nicht beträchtlich genug, um allen Arbeitslosen Beschäftigung zu bringen. Auch der Bedarf an Dekorationsblumen blieb hinter dem in der gleichen Zeit 1929 zurück. Die Arbeitslosigkeit hat sich gegenüber 1929 vergrößert. Der ungünstige Geschäftsgang trifft auf Exportware und auch auf die Inlandsabfabrage zu. Die Entwicklungskurve bei dem Export zeigt immer noch nach unten. Es wurden im 1. Quartal 1930 512,76 Doppelzentner Modeblumen im Werte von 1 631 000 Mk. ausgeführt. In derselben Zeitperiode 1929

betrug die Ausfuhr 920,98 Doppelzentner im Werte von 3 548 000 Mk. Es trat somit mengenmäßig eine Senkung um 417,22 Doppelzentner und wertmäßig um 1 917 000 Mk. ein. Die Ausfuhr ist also gegenüber dem 1. Quartal 1929 betrahe um die Hälfte zurückgegangen.

Die Gruppe „Wachs- und Kranzblume“ hatte ebenfalls Erwerbslosigkeit zu verzeichnen. Das ist seit Jahren zum ersten Male der Fall. Sonst war diese Industriegruppe immer voll beschäftigt. Das Zurückgehen der Produktion findet seine Ursachen in der allgemeinen Wirtschaftslage im In- und Auslande und in den Witterungseinflüssen des Winters. Der durchaus milde Winter hat die Möglichkeit gegeben, an Stelle von Wachs- und Kranzblumen aus Papier Naturblumen zum Kranzbinden zu verwenden. Das trifft auch auf die Dekorationsbranche zu. Die von den Dekorationsgeschäften und Kranzbindereien eingekauften Kunstblumen sind deshalb z. T. am Lager geblieben. Die Herausgabe von neuen Aufträgen an die Industrie wird dadurch verzögert.

Der Außenhandel entwickelte sich wie folgt: Im 1. Quartal 1930 wurden 4580 Doppelzentner im Werte von 2 833 000 Mk. ausgeführt. In der gleichen Zeit des Jahres 1929 betrug die Ausfuhr 5595 Doppelzentner im Werte von 3 319 000 Mk. Der Rückgang beträgt somit 1015 Doppelzentner der Menge nach und dem Werte nach 486 000 Mk.

Die Industrie- und Handelskammer Dresden brachte für das 1. Quartal 1930 in ihrem Bericht über die Geschäftslage in der Industrie künstlicher Blumen zum Ausdruck, daß die Hersteller von Modeblumen unter dem Einfluß der Pariser Mode, die die Verwendung von Blumenschmuck begünstigte, gut zu tun hätten. Das Ausland hätte beachtliche Aufträge gebracht. Das Geschäft in Dekorationsblumen sei nicht einhellig gewesen, zum größten Teil hätte es nicht befriedigt. Mangelnde Beschäftigung sei in der Kranzblumenherstellung festzustellen gewesen, zumal da die warme Witterung der Berichtsmoate ein wesentlich größeres Angebot von Naturblumen für Kranzschmuck veranlaßte als sonst um diese Zeit. H. Eiflein.

Aus der italienischen Spielwarenindustrie.

Karl Gröber hat in seinem Buche „Kinderpielzeug aus alter Zeit“ festgehalten, daß die Anfertigung von Kinderpielzeug schon bei den alten Römern üblich gewesen ist. Fabrikmäßig wird Spielzeug seit 1870 in Italien hergestellt. Die erste Fabrik wurde in Caneto bei Mantua errichtet. Heute zählt Italien rund 70 Spielwarenbetriebe, in welchen über 3000 Personen beschäftigt werden. Die wichtigsten dieser Betriebe verteilen sich auf die Bezirke Lombardei, Lorina, Florenz, Venedig, Udine, Rom und Napoli. Neben den Betriebsarbeitern werden auch Heimarbeiter beschäftigt.

Mit den Gebieten, welche von dem ehemaligen Österreich-Ungarn durch den Weltkrieg an Italien fielen, kam auch das Grödener Tal in italienischen Besitz. Im Grödener Tal werden in der Hauptsache geschnitzte Holzspielwaren in der Heimarbeit hergestellt. Beschäftigt werden gegenwärtig noch rund 1600 Personen. Von diesen sind nur 1000 als ständige Heimarbeiter, die übrigen als Saisonarbeiter zu betrachten.

Neben der Holzspielwarenherstellung im Grödener Tal werden in den Spielwarenfabriken Italiens noch sonstige Holzspielwaren, wie Marionetten, Kegelspiele, Locharbeiten und dergleichen hergestellt. Die Erzeugung von Zelluloidspielwaren ist weniger entwickelt und wird nur in etwa zehn Fabriken als Nebenschäftigung betrieben. Dasselbe gilt für die Erzeugung von Gummispielwaren. Nur eine Fabrik befaßt sich mit der Erzeugung von Gummibällen als Hauptproduktion. Am besten verbreitet und entwickelt ist hingegen die Industrie in Papiermaché. Sie liefert Puppen und vielfarbige Artikel aller Art. Zehn Spezialfabriken sind in dieser Industriegruppe voll beschäftigt.

Während und nach dem Kriege hat die Erzeugung von Porzellanpuppen sowie von Nippesachen und anderen Spiel sachen aus Glas, Porzellan, Steingut, Ton und anderen Materialien einen bedeutenden Aufschwung genommen. Die Porzellanpuppen sind vor allem das charakteristische Erzeugnis der Provinz Mantua. Zur Zeit werden von der dortigen Porzellanpuppenindustrie rund 500 Arbeiter beschäftigt.

Die Handelsbilanz der Spielwarenindustrie Italiens zeigt folgendes Bild: 1913 wurden Spielwaren im Gewicht von 582 783 Kilo im Werte von 2 470 000 Lire eingeführt; im Jahre 1928 betrug die Einfuhr 756 350 Kilo im Werte von 21 550 000 Lire. Den Hauptanteil an der Einfuhr hat Deutschland mit gut 80 Prozent; es folgen in weitem Abstand Frankreich (Gummi, Holz, Zelluloid) und Japan (Zelluloid und einige Puppentypen).

Die Ausfuhr belief sich im Jahre 1913 auf 13 000 Kilo, im Jahre 1928 auf 145 000 Kilo, hiervon 60 000 Kilo Puppen. Die Absatzgebiete der italienischen Spielwarenindustrie lagen vor dem Kriege einzig in Deutschland und Brasilien; heute gehen die italienischen Waren auch nach Österreich, England, der Schweiz, Holland, Südamerika, Ägypten und anderen Staaten.

Im Vergleich zu 1913 hat die Ausfuhr von Spielwaren aus Italien einen ziemlich Aufschwung genommen. Der Höhepunkt hatte die Ausfuhr 1927 erreicht. 1928 und 1929 zeigen die Ausfuhrzahlen in der Bewegung nach unten. H. Eiflein.

Literarisches.

Susanne Sahr: „Die weiblichen Angestellten.“ (Eine Umfrage des Zentralverbandes der Angestellten über die Arbeits- und Lebensverhältnisse.) 48 Seiten groß. Buchhandelspreis 1,40 Mk. pro Stück. Die Broschüre enthält die Ergebnisse einer Umfrage, die der Zentralverband der Angestellten unter 600 weiblichen Angestellten vorgenommen hat, um ein Bild von den Arbeits- und Lebensbedingungen dieser so wichtigen Gruppe der berufstätigen Frau zu gewinnen und es ist wirklich ein unmitelbares, lebendiges Bild von der Lage dieser „Geldhinnen des Alltags“, das gerade durch die Knappheit und Pathoslosigkeit des Berichtes oft erschütternd wirkt. Die Broschüre ist mehr als ein interaktanter soziologischer Aufschnitt, mehr als ein Beitrag zur Kenntnis der Welt der Schreibmaschinen und der Kadetten, mehr als eine Erläuterung des Problems der berufstätigen Frau; sie ist ein Hinweis und ein Aufruf. Der volkstümlichste Ratgeber für Eheleute und solche, die es werden wollen. Vorzuziehen, nicht abtreiben“, von Luise Otto erschien in der Verlagsbuchhandlung W. Pannkuch u. Co., Magdeburg, Gr. Münchstr. 8, bereits wieder in neuer Auflage. Das weitverbreitete Büchlein liegt nunmehr im 136. bis 145. Tausend vor. Diese hohe Auflagezahl bejaht von vornherein das brezende Interesse, das dem vorliegenden Thema entgegengebracht wird und beweist gleichzeitig, daß die Frau ihren Zweck im Sinne des Titels erfüllt. Etwa sofortig wird hier in eingehenden Absätzen das Unfruchtliche des 218. wie des 134. behandelt und in volkstümlicher Ton eine Darstellung der Weiblichkeit der weiblichen Vorbedingungsmittel gegeben. Die 72 Seiten starke Broschüre, die nur 50 Pf. kostet, kann nur immer wieder allen Müttern und jungen Frauen empfohlen werden.

❖ ❖ Unterhaltung, Wissen und Bildung ❖ ❖



Fabrikarbeiterjugend und Verbandsjubiläum.

Von A. Karl.

Das 40-Jahr-Jubiläum regt zu Betrachtungen über das Wirken unseres Verbandes für seine jugendlichen Mitglieder wie für die Fabrikarbeiterjugend überhaupt an, sowie über die Stellung der Jugend im Verbands-

Vorgezeichnet ist das Wirken des Verbandes für die Jugend in den Bestimmungen des Verbandsstatuts und in dem von den freien Gewerkschaften aufgestellten Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit.

Im Verbandsstatut ist festgelegt: „Erkämpfung eines weitgehenden Schutzes für Jugendliche“ und „Pflege und Förderung der körperlichen und kulturellen Heranbildung der jugendlichen Mitglieder.“ Das Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit behandelt das Aufgabengebiet ausführlich. In ihm wird unter dem Abschnitt „Allgemeine Erziehungs- und Bildungsaufgaben“ gesagt: „Die Gewerkschaften haben die Jugend im Geiste des Sozialismus heranzubilden.“ Weiter betont es: „Schutz der Jugend gegen Ausbeutung, körperliche und geistige Schädigung sowie Sorge für gute Berufsausbildung sind notwendig. Gründliche und umfassende Bildung muß den Jugendlichen zuteil werden, um sie zu wertvollen Menschen werden zu lassen.“ Gefordert wird: Die tarifvertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Jugendlichen durch die Gewerkschaften; Verbesserung und Erweiterung der gesetzlichen Jugendschutzbestimmungen bezüglich der Arbeitszeit, Pausen, Sonntagsruhe und der Beschäftigung von Lehrlingen in der Heimindustrie; Verbot der Akkordarbeit für Lehrlinge; Verbot jeder Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren in Gewerbe- und Handelsbetrieben und in der Hausindustrie; besonderer Schutz der Jugendlichen in gesundheits- und lebensgefährdenden Betrieben; Verbot von Überschreitungen der achtfündigen Arbeitszeit; Einrechnung der Pflichtschulzeit in die regelmäßige Arbeitszeit; mehrere Wochen Ferien unter Weiterleistung der festgesetzten Vergütung; Kontrolle aller Betriebe auf Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen durch behördliche Inspektionen in Verbindung mit Gewerkschaftsbeauftragten; Rechtsprechung über Streitfälle aus dem Arbeitsverhältnis Jugendlicher durch die Arbeitsgerichtsbarkeit; bei Arbeitslosigkeit anreichende und gesetzliche Arbeitslosenunterstützung; Beratung und Hilfe bei der Berufswahl durch Berufsberatungsstellen; Reform des Lehrlingswesens; Sicherung der gleichberechtigten Mitwirkung der Arbeiterorganisationen in paritätischen Ausschüssen zur Regelung der Lehrlingsangelegenheiten; Verbot von Lehrlingshaltung in dazu ungeeigneten Betrieben; Festsetzung von Lehrlingshöchstzahlen und Dauer der Lehrzeit; öffentliche Jugendfürsorge durch Jugendämter; Mitwirkung der Gewerkschaften bei allen Maßnahmen der Jugendpflege, Jugendfürsorge, Berufsberatung, Lehrlingsvermittlung und Jugendgerichtshilfe. Gefordert wird auch gute Berufsausbildung und Ausbau der Berufsschulen.

Unserem Verband ist es gelungen, für einen großen Teil der Jugendlichen in den zuständigen Industrien die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Besonders energisch wendeten sich die Unternehmer gegen die Erfassung der Lehrlinge durch Tarifverträge. Die Arbeitgeber wollen die Jugendlichen noch stärker, wie die jugendlichen Arbeiter allgemein, als billige Arbeitskräfte ausnutzen. Sie behaupten, die Lehre sei ein Ausbildungs- und Erziehungsverhältnis; eine tarifliche Erfassung sei deshalb nicht zulässig und es könne auch kein Lohn, sondern nur eine „Erziehungsbeihilfe“ in Frage kommen. Trotz dieser Gegnerschaft müssen jetzt die meisten unserer jungen Kolleginnen und Kollegen nach tariflichen Bestimmungen entlohnt werden. Ohne tarifliche Regelung wäre es mit der sowieso hargen Entlohnung noch viel schlechter bestellt.

Dem Drängen der Gewerkschaft ist es auch gelungen, den Jugendschutz zu erweitern, und in vielen Einzelfällen wurde durch das Eingreifen unserer Verbandsfunktionäre erreicht, Jugendlichen, die mit zu schweren und gesundheitsgefährlichen Arbeiten beschäftigt worden sind, andere, für sie besser geeignete Arbeit zuzudecken.

Der Verband hat es auch erreicht, daß unsere Jugendlichen jetzt auf tarifliche Bestimmungen, alljährlich Ferien unter Fortzahlung des Lohnes bekommen. Dadurch wird ihnen die Möglichkeit gegeben, sich von den Anstrengungen der Arbeit zu erholen, längere Wanderungen zu unternehmen, ihr Wissen von Land und Leute zu erweitern.

Die von den Gewerkschaften gesicherte achtfündige Arbeitszeit ermöglicht es der Jugend, nach Feierabend Sport zu treiben und sich weiterzubilden.

Für Weiterbildung und Schulung für den Kampf um die Erhaltung und den Weiterbau der Rechte aller Art der Arbeiter besetzt der Verband seiner Jugend in den Verbandsvereinen und sonstiger Literatur geeignetes Material. Unsere Verbandsvereine bringen jetzt regelmäßig in kurzen Zeitabständen unter besonderen Abschnitten eigens für die Jugend bestimmte Abhandlungen. Auch ist einer beträchtlichen Anzahl von Jugendlichen die Möglichkeit geboten, an Schulungskursen unserer Verbandschulen oder auch anderen Schulungseinrichtungen der freien Gewerkschaften teilzunehmen.

Der Ziegelstreicher.



Eine Ziegelei zur Zeit als der Großvater die Großmutter nahm

Der Wandel der Zeiten ist auch an der Ziegelindustrie nicht spurlos vorübergegangen. Wenn auch verhältnismäßig spät und langsam die Maschine sich ihren Platz eroberte, um so fester behauptet sie ihre Position und im immer größer werdenden Ausmaß wird die Handarbeit verdrängt.

Noch aber hat die Maschine ihren Siegeszug nicht vollendet und Raum für die Handarbeit gelassen. Als Wahrzeichen alter, vergangener Zeiten sind heute noch zahlreiche Handstrichziegeleien anzusehen, die, verteilt über ganz Deutschland, glauben, den Kampf mit der Maschine erfolgreich führen zu können.

Als typische Erscheinung alter Zeit ist der Ziegelstreicher (Ziegelformer, Ziegelschneider) geblieben. Als Technik frohend, ist die Arbeit die gleiche wie zu Uralters Zeiten. Nur das Tempo ist ein anderes geworden. Große Geschicklichkeit vereinigen sich mit robusten Körperkräften; ohne diese beiden Eigenschaften ist der Ziegelstreicher undenkbar. Außergewöhnlich große körperliche Leistungen werden von dem einzelnen Mann vollbracht, Leistungen, die für den Laien kaum vorstellbar sind. Große Klumpen feuchten Leims oder Lehms, oftmals 15 Pfund und mehr wiegend, müssen mit großer Kraft in die Ziegelform geworfen werden, um den Ziegelformer scharfkantig erfassen zu lassen. Berücksichtigt man, daß heute ein Ziegelstreicher bis zu 7000 Steine täglich fertigmacht, so läßt sich ermessen, welche Kraft der Mann ausgeben muß. Dabei gibt es kein Ausruhen, jeder Griff muß sitzen. Die Fertigkeit des Handgriffs spielt wahrlich keine untergeordnete Rolle. Welsch werden die Formlinge vom Ziegelstreicher gleichzeitig zum Trocknen abgesetzt, wo neben Kraft und Geschicklichkeit noch Gewandtheit erforderlich ist.

Bei all dieser Arbeit, die einen ganzen Mann erfordert, erfährt doch der Ziegelstreicher nicht die Würdigung, die er verdient. Lohn, Arbeitsmöglichkeit und sanitärer Schutz sind noch sehr verbesserungsbedürftig. Daß dem so ist, liegt darin begründet, daß der Ziegelstreicher mehr als beschreiben ist.

wie lange noch? Die Maschine setzt ihren Siegeszug fort und der Ziegelstreicher gehört dann der Vergangenheit an, wie auch die zum Teil romantische Lebensart des Ziegelstreichers und der Arbeiter auf den Feldziegeleien überhaupt. Das war ein freies, ungebundenes Volkchen. Auf mancher Feldziegelei fand man vorwiegend unverheiratete oder auch verheiratete Leute, die in der Ehe Schiffbruch gelitten hatten. International zusammengesetzt arbeitete in einer Lehmkule eine Gruppe von 30 Mann (auch einige Frauen) und mehr. Da konnte man den Tagelöhner, den Goldarbeiter, den Kaufmann, den Schlachter, den Schneider, ehemalige Offiziere usw. finden. Weltbummler und Grandmonarchen ersten Ranges fand man da, und die meisten lebten von der Hand in den Mund. Da war kaum einer zu finden, der nicht seit Jahren und Jahrzehnten während der Wintermonate auf der Walze war. Mit diesen Leuten konnte nicht jeder Meister zurechtkommen, die warfen einfach die Arbeit hin, wenn ihnen der Meister zu dumm kam. Deshalb war es auf mancher Feldziegelei üblich, den Neulingen ihre in der Regel einzige Hose, die sie von der Walze mitbrachten, bis zu den Knien abzuschneiden, damit sie nicht so leicht anstricken konnten.

Die Arbeit der Leute ging von Tagesanbruch bis Dunkelwerden. Aber Geld hatte keiner, um so weniger, als der Meister ein Interesse daran hatte, daß der ganze Wochenverdienst der Ziegler durch seine Kantine ging. Da hieß es bei der Lohnzahlung bei vielen: Du mußt noch Geld mitbringen, d. h. sie standen in der Kreide, auch noch, wenn sie im Herbst auf die Walze gingen. Ein schöner Tag war für diese bei geringem Lohn geplagten Menschen der Regentag. Da konnte man Karten spielen, trinken, d. h. trinken solange der Kredit reichte, oder schlafen nach Herzenslust.

Auch nachts wurden die Arbeiter oft von ihren Strohlücken geholt. Wenn mitten in der Nacht die Glocke erkante, dann wachte jeder, was los ist. Es regnete, und nun schnell auf den Arbeitsplatz und die ungebrannten Steine zugebedekt. Dann gab es einen Schnaps und nun konnte wieder weitergeschlafen werden.



Die übergroße Ausbeutung, der der Ziegelstreicher unterliegt, hat aber auch diesem die Augen geöffnet. In großer Zahl haben sich die Ziegelstreicher ihrer Organisation, dem keramischen Bund, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, angeschlossen, um vereint bessere Zustände zu schaffen. Vieles ist schon besser geworden, aber vieles ist auch noch nachzubohlen. Da gilt es, keine Zeit zu verlieren, um für die Gegenwart dem Ziegelstreicher gerecht zu werden. Auch hat der Ziegelstreicher Geltung. Aber



Daß solche Menschen, die täglich 16 bis 17 Stunden schwer arbeiten müssen, trinken, wer will es ihnen verdenken? Und daß sie gelegentlich dem unwiderstehlichen Orange nachgeben, einmal auszuspazieren, ist fast selbstverständlich. Und wenn es heute anders, besser geworden ist, so danken wir das einzig der Arbeiterbewegung. Jetzt handelt es sich nur noch darum, die Vorteile der Technik allen Menschen zugute kommen zu lassen, und dafür kämpfen heute in unseren Reihen auch die Ziegler.

In letzter Zeit bemühen sich viele Zahlstellen, die Jugendbewegung in unserem Verbands durch besondere Veranstaltungen stärker als bisher zu fördern. Vorträge, Lichtbilder- und Filmvorführungen, Wanderungen, Besichtigungen, Jugendtreffen und andere Veranstaltungen mehr werden für den Nachwuchs im Verbands arrangiert.

Alles in allem: der Verband bemüht sich um die Fabrikarbeiterjugend — er ist ihre Interessenvertretung. Das kann um so mehr behauptet werden, weil ja nicht nur das direkte Wirken für die Jugend in deren Interesse liegt, sondern auch das gesamte Wirken des Verbandes. Auch jeder für die älteren Mitglieder erreichte Vorteil wirkt sich einmal für die jetzt noch jungen aus.

Die Fabrikarbeiterjugend müßte bei richtiger Würdigung dieser Tatsachen ohne Ausnahme zum Verband gehören und sich an den Jugendveranstaltungen beteiligen. In dieser Hinsicht bleibt jedoch noch manches zu wünschen. Gewiß treffen die Klagen mancher „Alten“ über die Interesslosigkeit der Jugend weit daneben. Falsch ist aber auch die Behauptung, die jetzige Jugend sei „nur“ noch für Sport und Lustbarkeiten zu haben, aber nicht für den Verband. Eine solche Beurteilung verallgemeinert Einzelfälle. Unsere Jugend soll sich sportlich betätigen, sie soll auch dem Leben angenehme und aufheiternde Seiten abzugewinnen versuchen. Die Arbeiterbewegung braucht lebensfröhliche und auch lebensfreudige Menschen. Mit vollem Recht kann aber auch von unserer Jugend verlangt werden, daß sie sich vor allem dem Verband gegenüber verpflichtet fühlt. Der Verband führt ihr Freizeit und Ferien, der Verband ver-

bessert ihren Lohn, er überwacht und vermehrt den Schutz gegen die Gefährdung von Gesundheit und Leben bei der Arbeit.

Diese Erkenntnis gewinnt bei unserer Jugend an Raum. Die Zugehörigkeit zum Verband, die wachsende Beteiligung an der gewerkschaftlichen Jugendbewegung und der starke Zudrang zu den Schulungseinrichtungen sind Beweise dafür.

Die Fabrikarbeiterjugend weiß: unser Verband ist ihr Verband. Sie erkennt ihre Pflicht, das von der älteren Generation Geschaffene zu erhalten und weiter auszubauen. Sie hat auch den festen Willen, gemeinsam mit den älteren Verbandsmitgliedern die Errungenschaften des Verbandes zu verteidigen und mit aller Energie die Verwirklichung der Ziele des Verbandes anzustreben.

Humoristische Ecke.

Der müdste Herr klopft an die Küchentür seiner Wirtin: „Geben Sie mir nich a Genuaden Wasser gähm?“
„An freilich, das genn Se kriecken.“
„Oder a Dobb voll.“
„Se genn ooch a Dobb voll kriecken.“
„Oder vielleicht den Eimer da, halb voll?“
„Meinswägen ooch den Eimer halb voll.“
„Wie wärschd, wenn S' zu ganz voll voll machen?“
„Das ist doch ganz wärschd! Ich machen ooch ganz voll, Woderzu wolln S' das Wasser?“
„Mei Bedde breand.“